

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäff. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unerlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 48.

Berlin, den 28. November 1909.

13. Jahrg.

Wer untergräbt die Autorität der Behörden?

Niemand anders im ganzen deutschen Lande tut dies, als die bösen, unpatriotischen, vaterlandslosen Sozialdemokraten, so schallt es seit jeher von allen Kanzeln des bürgerlichen Blätterwaldes. Gemach ihr hitzigen Streiter, wir können heute den Beweis erbringen, daß es die unteren Organe der Behörden selbst sind, die die Autorität der oberen ausdauernd und wirksam untergraben. Die Herren preussischen Minister des Innern und für Handel und Verkehr haben am 7. Juli d. J. bekanntlich eine Verfügung erlassen dahingehend, daß es unstatthaft sei, auf den öffentlichen Verkehrsstraßen sogenannte Autofallen einzurichten. Die Beamten, Gendarmen sowohl wie Polizisten sollten sich nicht mehr hinter Zäunen, Bäumen und Hecken verstecken, um von diesen sicheren Verstecken aus die Klummen ahnungsloser Wagenführer zu notieren, sie sollten vielmehr die Chauffeure warnen und auf etwaiges zu schnelles Tempo aufmerksam machen. So will es die Regierung. Die Herrschaften, die diese Verfügung angien, tun aber heute noch, als ob eine solche Anordnung amtlich gar nicht zu ihrer Kenntnis gekommen wäre, sie pfeifen auf die Ausführung der Verordnung und tun in Prag das gerade Gegenteil dessen, was ihnen von ihren höchsten Vorgesetzten befohlen. Und die Herren Minister können diesen untersten Beamten sonst was.

Daß dem so ist, geht aus einer Statistik hervor, die von Seiten der „Auto-Liga“ aufgenommen ist. Die Umfrage erstreckt sich auf die neueste Zeit und wurde von 72 Beirathen beantwortet. Alle in Frage kommenden waren in Berlin und dessen Vororten ansässig. Die Gesamtzahl der eingereichten Strafmandate oder Berichte über solche betrug 359. Hierbei ist zu beklagen, daß die Benachrichtigung über einen eventl. erhobenen Widerspruch gegen die einzelnen Mandate nur sehr unvollständig erfolgt ist. Zumeist wurde ein Widerspruch indes nicht erhoben, weil es, wie die verschiedenen Berichte besagen, wegen des dadurch entstehenden großen Zeitverlustes vielfach wünschenswert erschien, weiteren Scherereien aus dem Wege zu gehen. Uebereinstimmend kam auch die Ansicht zum Ausdruck, daß die Erhebung des Widerspruchs in den seltensten Fällen einen Erfolg bringen würde. Zumeist sind nicht die Automobilbesitzer, sondern deren Chauffeure mit Strafe belegt worden. In solchen Fällen, in denen der Besitzer Selbstfahrer war, hat auch ihn naturgemäß die Strafe betroffen.

Die höchste Strafzahl betraf einen Luxuswagenbesitzer, der regelmäßig seinen Wagen selbst fährt. Er hatte in der Berichtzeit eine einundzwanzigmalige Bestrafung erfahren, darunter zweimal mit dem hohen Betrage von 60 M. Gegen diese Strafen erhob er achtmal Widerspruch, hiervon nur zweimal mit teilweisem resp. durchschlagendem Erfolg. Die anderen Berichtenden hatten 3, 4, 5 und mehr bis 20 Strafmandate erhalten und der Liga eingereicht. Die Strafen bezogen sich erstens auf die Ueberschreitung des zulässigen Maximaltempo, zweitens auf die Unterlassung der Abgabe des Warnungssignals, drittens auf die Benutzung unerlaubter Signalinstrumente, viertens auf das Ausströmen von überleuchtenden Dämpfen, fünftens auf die Unleserlichkeit der Erkennungszeichen, sechstens auf die Nichtbeleuchtung von Laternen, siebtens auf falsches Ausweichen, Ueberholen und unerlaubtes Fahren auf der entgegengesetzten Straßenseite oder zwischen den Straßenbahngleisen.

Von den vorliegenden Strafbefehlen stammen die wenigsten aus den Bezirken der Polizeipräsidien Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf, dagegen ergibt die Statistik, daß die Amtsvorsteher Grunewald-Amtshaus, Grunewald-Forst (Amtsvorsteher Oberförster Hillentamp), Reinickendorf, Wannsee, Alt-Grünick, Spandauer Berg (Amtsvorsteher Brenner, zuständig Pichelsberg, Döberitzer Heerstraße), Zehlendorf (Amtsvorsteher Müllinowatz, zuständig vor allem für Belfort), Oberförsterei Köpenick, verhältnismäßig die meisten Strafen verhängen. Unter ihnen stehen in bezug auf die Anzahl der Strafmandate an erster Stelle die Amtsvorsteher Amtshaus Grunewald, Forsthaus Grunewald, Zehlendorf, Wannsee und Köpenick-Forst. In den Amtsbezirken Amtshaus Grunewald, Forsthaus Grunewald, Zehlendorf und Wannsee werden die Automobilisten tatsächlich wegen jeder Kleinigkeit in hohe Strafen genommen, und es ist besonders bedauerlich, daß gerade hiergegen außerordentlich selten Widerspruch erhoben worden ist. Ueberall war zu konstatieren, daß die Strafbefehle im günstigsten Falle frühestens drei Wochen nach Begehung der Uebertretung zugestellt sind. Es lagen aber auch Fälle vor, in denen sich die Polizeibehörden bis zu acht Wochen Zeit gelassen hatten. Daß in solchen Fällen, wie fast in allen übrigen, für den bestraften Automobilbesitzer oder Führer nicht die Möglichkeit besteht, sich auf Tag und Stunde an das ihn zur Last gelegte Vergehen zu erinnern, liegt auf der Hand. Die in den Strafbefehlen aufgeführten Namen der Zeugen lassen im übrigen auch erkennen, daß die Automobilbesitzer und Führer niemals verwarnt, angehalten und belehrt, sondern in der übergroßen Anzahl der Fälle von unsichtbaren Polizeibeamten einfach notiert und zur Anzeige gebracht worden sind. Die Automobilisten müssen deshalb erwarten, daß die Grundsätze der Verfügung der Herren Minister des Innern und für Handel und Verkehr vom 7. Juli 1909, welche bisher nicht beachtet worden sind, nunmehr Gemeingut sämtlicher Polizei- und Gendarmenbeamten werden, und es erscheint notwendig, daß die Automobilinteressenten zu ihrem eigenen Nutzen die Tätigkeit dieser unteren Polizeiorgane in Zukunft kontrollierend beobachten; jedenfalls sollte hinfort kein Strafbefehl aus den Vororten Berlins ohne Einsprucherhebung hingenommen werden.

Für das Bestehen des Systems der sogenannten Autofallen hat die Statistik den schlagendsten Beweis erbracht. Auch hier zeichnen sich die Amtsbezirke Zehlendorf, Wannsee, Forsthaus Grunewald, Amtshaus Grunewald und Köpenick-Forst unruhlmäßig aus. Besonders schwierig lagen die Verhältnisse für die Automobilisten auch im Bezirk des Berliner Polizeireviers 11 (Tiergarten). Auf dem Kemperplatz und der Charlottenburger Chaussee bestanden zeitweise mehrere außerordentlich scharf arbeitende sogenannte Autofallen. Unter den unteren Polizeibeamten, welche die Automobilisten in den Vororten zur Anzeige bringen, stehen an erster Stelle: Gendarmenwachmeister **S a n t t s c h W a n n s e e**, Gendarmenwachmeister **W e e r b a c h W a n n s e e**, Gendarmenwachmeister **H e r m a n n B e l i t z h o f**, Polizeiergeant **D a t h s - D a h l e m**, Gendarmeniergeant **G ö h - K ö p e n i c k**, Gendarmenwachmeister **D e h n - D ö b e r s c h ö n e w e i d e**, Gendarmeniergeant **H e l l w i g - D a h l e m**, Gendarmenwachmeister **B e b i o l l a - Z e h l e n d o r f**. Man wird sich diese Beamten in Zukunft merken müssen. Gegen zwei Beamte ist bereits Anzeige wegen Amtsverbrechens erstattet worden.

Was die Höhe der Strafen anbelangt, so fällt

deren außerordentlicher Unterschied auf. Auch hier sind die Amtsvorsteher von Amtshaus Grunewald, Grunewald-Forst (Hillentamp), Wannsee, Köpenick-Forst und Reinickendorf hervorzuhelien. Die hohen Strafen von 20 M. und mehr stammen fast durchweg aus den Grunewaldbezirken.

Was nützen also alle Verfügungen der Minister, wenn die unteren Aufsichtsbeamten doch tun, was sie wollen und nicht das, was die einsichtigeren Oberbehörde will! Man braucht sich unter solchen Umständen wirklich nicht zu wundern, wenn die Autorität der Regierungsbehörden immer mehr schwindet. Welche Hochachtung soll denn erst ein Sozialdemokrat vor einer Behörde haben, die nicht mal imstande ist, ihre amtlichen Verfügungen bei ihren untersten Untergebenen durchzusetzen? Wo bleibt denn da die berühmte preussische Disziplin, wo die sprichwörtliche Schneidigkeit, mit der man sonst obrigkeitliche Maßnahmen gegen das Zivildpad oder die demonstrierenden Proleten durchzuführen gewohnt ist?

Wir werden Veranlassung nehmen, die Herren Minister im preussischen Landtage fragen zu lassen, ob sie sich denn von ihren eigenen Ausführungsbeamten auf der Nase herumtanzen lassen wollen. Es ist dringend notwendig, den Herren zu sagen, wo die Leute zu finden sind, die die Autorität der Behörden untergraben. Uns Sozialdemokraten müßte freilich die Fortdauer dieser Zustände das größte Gaudium bereiten, wenn es nur nicht unsere Berufscollegen wären, die bei dem ganzen Spiel unschuldig die Beche bezahlen müssen. Unsere Kollegen sind schon genügend Steuerobjekt und deshalb muß gegen diese außergewöhnliche und willkürliche Besteuerungsmethode ganz energisch Front gemacht werden.

Der gegenwärtige Stand der Streikversicherung der deutschen Arbeitgeberorganisationen.

Anstelle des Kampfes zwischen dem einzelnen Unternehmer und „seinen“ Arbeitern ist in den modernen Industriestaaten heute in weitem Maße das Ringen zwischen zwei mächtigen Organisationsgruppen getreten. Den Berufsorganisationen der Arbeiter, ihren Gewerkschaften und deren Zentralinstanzen auf der einen Seite, stehen auf der anderen die Branchen- und Zentralverbände der Unternehmer gegenüber und jedes der beiden Heere ist bemüht, vom anderen zu lernen und seine Last, seine Kampfmittel denen des Gegners anzupassen. So bildet gewissermaßen ein Gegenstück zu der Unterstützung, die die Gewerkschaften ihren streikenden oder ausgesperrten Mitgliedern gewähren, und die sich in schweren Kämpfen auch die Gewerkschaften wechselseitig leisten, die von den Unternehmern geschaffene Streikversicherung, die diejenigen Arbeitgeber, die von einem Streik betroffen werden oder zu einer „berechtigten“ Aussperrung greifen müssen, vor den materiellen Folgen eines solchen Kampfes schützen soll.

Wenn man von einigen, nicht sehr befriedigend ausgefallenen Versuchen, die bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreichen, absieht, so setzt die Streikversicherungsbewegung der deutschen Arbeitgeber im Jahre 1904 ein, ist also noch recht jungen Datums. Im Anschluß an den großen Textilarbeiterstreik in Grimnitzau saßen in diesem Jahre die beiden großen Gruppen von Unternehmervereinigungen, der **Verein deutscher Arbeitgeberverbände** und die **Zentralstelle deutscher Arbeitgeberverbände** den Beschluß, in ihren Aufgabekreis auch die Versicherung der ihnen angeschlossenen Unternehmer gegen Streikschäden zu ziehen. Sie schlugen dabei verschiedene Wege ein. Die im „Verein“ zusammengeschlossenen Unternehmerverbände, die neben Vertretern der Großindustrie, darunter den Gesamtverband deut-

„sicher Metallindustrieller“ auch die Kleingewerbeverbände umfassen, haben zu Trägern der Versicherung besondere Entschädigungsgesellschaften gemacht, denen die verschiedenen Branchenverbände angeschlossen sind. Auch eine Anzahl „gemischter“, d. h. nicht auf Branchengliederung aufgebaute Verbände, sind in gleicher Weise vorgegangen. Dagegen haben die der „Hauptstelle“ angeschlossenen Verbände, die vor allem die schwere Kohlen-, Eisen- und Textilindustrie umfassen, es vorgezogen, ihren seitherigen Verbandszwecken einfach die Streikbekämpfung und Entschädigung anzuschließen. In beiden Fällen ist ein Rechtsanspruch auf die Entschädigung ausgeschlossen, was teils in versicherungstechnischen Schwierigkeiten begründet ist, teils den Zweck hat, die Kontrolle des Ausschüttsamts für Privatversicherung zu umgehen. Einen weiteren Ausbau hat die Bewegung durch die Schaffung zweier zentraler Rückversicherungsgesellschaften im Jahre 1906 erhalten, die sich enge an die beiden genannten Hauptverbände anschließen. Es sind dies die „Gesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ und der von der Hauptstelle gegründete „Schutzverband gegen Streiksäden“.

In dem lehrreichen Hefte des Reichs-Arbeitsblatts wird nun unter Benutzung des durch eine Umfrage über die Arbeitgeberverbände gewonnenen Materials eine Darstellung der Organisation, Leistungen und des gegenwärtigen Umfangs der Streikversicherung der deutschen Unternehmer gegeben. Dabei ist zu bemerken, daß die Angaben in verschiedenen Punkten noch ziemlich lückenhaft sind. Dem Kaiserl. Statistischen Amt stift demnach 13 Streikversicherungsgesellschaften, von denen 2 Rückversicherungsgesellschaften sind, bekannt geworden. Außerdem wurden noch 26 Arbeitgeberverbände mit Streikversicherung und 9, die die Streitentscheidung von Fall zu Fall gewähren, ermittelt. Die Mitglieder der beiden Rückversicherungsgesellschaften beschäftigten Ende 1908: 775 000 Arbeiter. Von den Mitgliedern zweier nicht rückversicherter Entschädigungsgesellschaften wurden außerdem ca. 50 000 Arbeiter beschäftigt. Dazu kommen 450 000 Arbeiter der Mitglieder der nicht rückversicherter Unternehmerverbände mit Streikversicherung und 98 000 Arbeiter, die die 9 Verbände, die von Fall zu Fall Streitentscheidung gewähren, beschäftigten. Insgesamt erstreckt sich demnach die Streikversicherung der deutschen Arbeitgeber bereits auf einen Komplex von 1 375 000 Arbeitern (wobei, wie gesagt, noch vielfach Angaben fehlen): ein in ansehnlicher Kürze der Bewegung ganz außerordentliches Ergebnis.

Nur einiges über die Organisation der einzelnen Gesellschaften. Der Beitritt zu den eigentlichen Streikversicherungsgesellschaften, die getrennt von den Unternehmerverbänden bestehen, ist für die Mitglieder der letzteren meist fakultativ. Andererseits ist die Mitgliedschaft bei diesen Gesellschaften gewöhnlich von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Arbeitgeberverbande oder doch einer bestimmten Gewerbeabteilung abhängig. Bei den Unternehmerverbänden, die Streikversicherung betreiben, zieht die Mitgliedschaft bei ersterem natürlich unmittelbar die zu letzterem nach sich. Das Tätigkeitsgebiet mancher Gesellschaften ist das ganze Reich, das anderer ein Bundesstaat oder ein Bezirk.

Eine Unterstützung wird sowohl bei Streiks als meist auch bei Aussperrungen gewährt. Es ist dabei jedoch Voraussetzung, daß die Arbeitseinstellung nicht durch eigenes Verschulden des Arbeitgebers hervorgerufen ist. Ueber die Gewährung der Unterstützung entscheidet in einzelnen Fällen der Vorstand, in anderen ein eigens zu diesem Zwecke gebildeter Ausschuß, in anderen der Ausschüttsrat. Mehrfach sind auch Berufungsinstanzen vorgesehen. Die Pflicht der Gesellschaft zur Gewährung der Unterstützung setzt erst nach einer bestimmten Karenzzeit ein, die meist auf 3 Monate nach dem Beitritt bemessen ist; jedoch kommen auch Wartezeiten von 6 und 12 Monaten vor. Nach Ablauf der Wartezeit gewähren einzelne Gesellschaften gleich vom ersten Tage des Streiks an Unterstützung, andere erst von einem späteren Zeitpunkt an. Auch die Dauer der Unterstützung ist mehrfach begrenzt. So bewilligt die „Gesellschaft Deutscher Metallindustrieller“ zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen für höchstens 100 Tage, der „Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie“ bis zur Dauer von 3 Monaten Entschädigungen. Auch von manchen anderen Bedingungen wird die Entschädigung abhängig gemacht. So z. B. zählt der „Deutsche Arbeitgeberverband“ für das Schneidergewerbe erst dann, wenn 1/3 oder mehr der beschäftigten Arbeiter streiken.

Recht verschieden bei den einzelnen Gesellschaften und Verbänden ist die Höhe der erhobenen Eintrittsgelder und Beiträge und der gewährten Entschädigungen. Das Eintrittsgeld ist in der Mehrzahl der Fälle in Prozenten der Jahreslohnsumme der von den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter festgesetzt. Und zwar schwankt dieser Bruchteil zwischen 1/10 und 1 Prozent der Lohnsumme. In einzelnen Fällen wird die zu zahlende Summe nach oben oder unten begrenzt. Auch wird sie wohl in bestimmten Gewerken nach anderen Grundsätzen — in der Nierendreherei z. B. 12 Mt. pro Tisch usw. — festgelegt. In ähnlicher Weise werden auch die Beiträge berechnet. Doch ist der Bruchteil der Jahreslohnsumme hier ein höherer und schwankt zwischen 1/4 und 3 Prozent, d. i. also 25 Pfg. bis 3 Mt. pro 1000 Mt. Arbeitslohn. Bei einzelnen Gesellschaften sind nötigenfalls noch Nachschüsse zu leisten.

Als Vergütung bei Streiks und Aussperrungen wird gleichfalls meist ein bestimmter Prozentsatz der bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Lohnsumme, unbeschadet der Zahl der Streikenden, gewährt. Und zwar bewegt sich dieser Bruchteil

zwischen 5 und 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes, wobei der höhere Prozentfuß der häufigere ist. Einige Verbände zahlen 1 Mt. oder auch 2 Mt. pro Arbeiter täglich, andere 1 resp. 2 Mt. pro Stuhl oder Tisch (siehe oben). Bei Aussperrungen ist die Vergütung häufig abgestuft je nach der Zahl der Aussperrten. So z. B. zählt die „Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller“ zc., Dresden, bis zu 500 Aussperrten 25 Prozent, von 501 bis 1000 12 1/2 Prozent, von 1001 bis 2000 7 1/2 Prozent, von 2001 bis 4000 5 Prozent und bei über 4000 Aussperrten 2 1/2 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes aller angemeldeten Arbeiter.

Endlich sei noch über die Entwicklung der beiden Zentralgesellschaften folgendes berichtet: Die „Gesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände“ zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen hatte 1908 die Zahl der angeschlossenen Gesellschaften von 13 auf 20 vermehrt. Die Mitglieder dieser Gesellschaften beschäftigten 411 028 Arbeiter mit einer Jahreslohnsumme von 466 766 000 Mt. Es wurden im letzten Jahre an 8 Gesellschaften Entschädigungen in der Gesamthöhe von 153 457 Mt. gezahlt, deren Hauptteil auf die Metallindustrie entfällt. Die Gesellschaft nimmt als Mitglieder nur Verbände auf; sie erhebt einen Jahresbeitrag von 50 Pfg. pro 1000 Mt. der gezahlten Lohnsumme und gewährt bei Streiks 12 1/2 Prozent des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes für jeden ausgefallenen Arbeitstag bei Aussperrungen je nach der Zahl der Aussperrten 2 1/2 bis 12 1/2 Prozent. Der „Schutzverband gegen Streiksäden“ (Hauptstelle) nimmt auch Einzelmittglieder auf. Er erhebt von den angeschlossenen Verbänden 1/4 und von den Einzelmittgliedern 1/2 Prozent der Jahreslohnsumme. Seine Leistungen sind in Streikfällen bei Verbänden 10 Prozent und bei Einzelmittgliedern 25 Prozent der auf die feiernden Arbeiter entfallenden Lohnsumme, bei Aussperrungen und dergl. Was für kolossale Unterstützungen unter Umständen gewährt werden, geht daraus hervor, daß der „Gesamtverband deutscher Industrieller“ in einem Falle zwischen 25 000 und 50 000 Mt., in einem anderen Falle über 100 000 Mt. Entschädigung an eine Firma bezahlte.

Nur im engsten Anschluß an ihre Berufsorganisationen und im steten Ausbau der letzteren können die Arbeiter den furchtbaren Gefahren, die ihnen aus der weiteren Entwicklung der Streikversicherungsgesellschaften der deutschen Arbeitgeber drohen, begegnen. Die Parole auf beiden Seiten ist jetzt: Macht gegen Macht — und der schwächere Teil muß unbedingt unterliegen. Darum hinein in die Gewerkschaften!

Die gewerkschaftlichen Organisationen der englischen Arbeiterinnen.

Auch in England ist die Arbeiterin nicht entfernt so stark in den gewerkschaftlichen Organisationen vertreten, als es entsprechend der ausgedehnten gewerkschaftlichen Beschäftigung der Frauen der Fall sein müßte. Immerhin kann doch von einer erfreulichen Vermehrung der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder innerhalb des Jahres 1897/1907 berichtet werden. 1897 wurden in Großbritannien 119 775 weibliche Trade-Unionisten gezählt, die sich auf 139 Vereinigungen verteilten. Für 1907 stellte das offizielle Arbeitsamt in 182 Trade-Unionen 201 709 Mädchen und Frauen als Mitglieder fest.

Von der Gesamtheit waren 1907 lediglich in den Textil-Trade-Unionen 85 pCt. organisiert, speziell in den Vereinigungen der Baumwollwebarbeiter 54 pCt. Da 1907 in der Textilindustrie insgesamt 263 Trade-Unionen bestanden, von denen nur 113 weibliche Mitglieder besaßen, so hat die Arbeiterin auch nicht einmal in der von ihr hauptsächlich okkupierten Gewerkschaftsgruppe in der Hälfte der Branchenvereinigungen Eingang gefunden. Gewisse Trade-Unionen besitzen durchweg keine weiblichen Mitglieder. Hier hindert zum Teil das „Standesbewußtsein der besseren Arbeiter“ noch immer den Anschluß der weiblichen Berufsgenossen.

Die totale Entwicklung der weiblichen Mitgliedschaften in den Trade-Unionen veranschaulicht folgende Uebersicht:

	Zahl der Gewerkschaften mit weibl. Mitgliedern	Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder
1896:	137	118 719
1898:	152	117 184
1900:	150	124 082
1906:	165	163 887
1907:	182	201 709

Der Kreis dehnte sich also trotz aller besonderen Schwierigkeiten, die sich einer gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen entgegenstellen, erheblich aus. In der Textilindustrie hat sich im letzten Jahreflucht sogar die Zahl der weiblichen Trade-Unionisten absolut und relativ stärker vermehrt, wie die der männlichen, so daß sich hier die beiden Geschlechter 1907 halb die Wage hielten. Es betrug nämlich in der Textilindustrie die Zahl der

	männlichen Organisierten	weiblichen Organisierten	Zusammen
1903:	136 076	108 005	244 081
1904:	135 384	111 189	246 573
1905:	145 119	121 297	266 416
1906:	159 829	143 139	302 968
1907:	182 307	172 120	354 427

Interessant ist, daß in nicht weniger wie 78 Trade-Unionen in der Textilindustrie die weiblichen Mitglieder

an Zahl ihren männlichen Kollegen überlegen sind, zum Teil sehr erheblich. So hatte z. B. die Odham Provinzial Union der Wollfräher und verwandten Berufsgenossen 13 875 weibliche und nur 2336 männliche Mitglieder. Es ist das die weitaus bedeutendste Trade-Union dieser Spezialbranche. In der Union der Baumwollweberei und Haspler für Blackburne und Umgebung waren 9867 weibliche, 4933 männliche, in der Union der Weber und Haspler für Ashton under Lyne und Umgebung 5259 weibliche und gar nur 60 männliche Mitglieder organisiert. Es gibt sogar Trade-Unionen in der Textilindustrie lediglich aus weiblichen Mitgliedern bestehend! Davon wurden fünf 1902—1907 gegründet, zwei erst 1907. Ob diese neuerliche Separierung der Arbeiterinnen auf die exklusive altgewerkschaftliche Politik zurückzuführen ist, geht aus der offiziellen Statistik nicht hervor. Anzunehmen ist es aber nach den sonstigen Erfahrungen mit den Trade-Unionisten der alten Schule.

Jedenfalls ist die weibliche Mitgliedschaft zumal in den Textilarbeiter-Unionen ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Befreiung der englischen Gewerkschaftswelt aus ihrer altüberbrachten Engstirnigkeit gegen die „Ungelehrten“ — wenn die Trade-Unionen nur das Gewicht ihrer Zahl stets in die Waagschale werfen würden. Leider hat man aus den Beratungen der Trade-Unionkongresse noch nicht gemerkt, daß in den Reihen der weiblichen Mitglieder sich der Drang nach energischer Selbstdarstellung ihrer vollen Bürgerrechte regt.

Sehr minimal ist noch immer die Zahl der Trade-Unionistinnen in der Bekleidungsindustrie, obgleich auch hier die weibliche Arbeitskraft massenhaft ausbeutet wird. Wie geringfügig außerhalb der Textilindustrie die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist, geht aus nachstehender Uebersicht (für 1907) hervor:

	Gesamtmitgliedschaft	davon weibliche
Stiefel- und Schuhwarenfabrik	35 393	997
Schneidergewerbe	22 701	1 326
Hut- und Mützenfabrikation	8 994	3 302
Sonstige Bekleidungsindustrie	1 722	420
Graphisches Gewerbe	68 221	1 749
Nahrungsmittel- u. Labakindustrie	18 447	2 447
Handelsgastgewerbe	46 117	5 076
Staats- und Gemeinbedienstete zc.	89 393	4 690
Sonstige Gruppen (außer Textilindustrie)	1 761 331	9 582

Unter den 376 805 Trade-Unionistinnen (1907) Maschinen- und Schiffbau-Industrie befanden sich nur 1205 weibliche, obgleich die Nadel-, Feilen- und Schneiderzeugfabriken viele Arbeiterinnen ausbeuten. Daß auch in einem eigentlichen Beschäftigungsbereich der Mädchen und Frauen, in der Schneiderei, das weibliche Gewerkschaftsmitglied so kläglich vertreten ist, hängt sicherlich mit dem Grassieren der Heimarbeit und des mörderischen Schwitzsystems in dieser Branche zusammen, die mit ihren skandalösen Zuständen doch gerade eine straffe Organisation der Arbeiterinnen notwendig machen.

Bei den reichen Geldmitteln, die den englischen Trade-Unionen eigen, dürften sie trotz der anerkannten Schwierigkeiten mehr Erfolg in der Organisation der weiblichen Arbeiter haben, wenn die Männer mir überall die große Bedeutung einer starken Organisation der gewerblich tätigen Mädchen und Frauen einsehen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Gewerkschaftliche Erfolge. Selbst das Krisenjahr 1908 hat manchen gewerkschaftlichen Organisationen bedeutende Erfolge gebracht. So kann der Verband der Schmieße auf ein recht günstiges Kampfsjahr zurückblicken. Der Verband war in diesem Jahre an 78 Lohnbewegungen beteiligt, von denen 7 Angriffs-, 15 Abwehrstreiks, 17 Aussperrungen und 39 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren. In den Bewegungen waren 2347 Personen beteiligt. Der Ausgang war folgender: Es endeten in Prozent der Bewegungen resp. der Beteiligten mit

	vollstem Erfolg	teilweisem Erfolg	ohne Erfolg	
Beweg.	Beteil.	Beweg.	Beteil.	
Angriffstreiks	57,1	65,5	42,9	34,5
Abwehrstreiks	33,3	28,3	20,0	25,9
Aussperrungen	—	—	20,4	47,9
Beweg. ohne Arbeitseinstell.	—	—	—	—
Angriff	100,0	100,0	—	—
Abwehr	75,0	95,5	25,0	4,5
Zusammen	60,3	47,0	11,5	24,8
			28,2	23,3

Fast drei Viertel sämtlicher Bewegungen mit drei Viertel der Beteiligten schlossen also mit vollem oder doch teilweisem Erfolge ab. Besonders günstig war das Ergebnis der Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, die fast durchweg erfolgreich verließen. Erungen wurde in diesen Kämpfen eine Verkürzung der Arbeitszeit resp. Abwehr der Verlängerung für 461 Beteiligte um 1422 Stunden wöchentlich und für 880 Beteiligte eine Lohnerhöhung resp. Abwehr von Verkürzung um 1852 Mt. pro Woche oder 96 304 Mt. pro Jahr. Die Untkosten der Bewegungen in Höhe von 44 185 Mt. sind also allein durch die erungenen Lohnerhöhungen im ersten Jahre mehr als doppelt weitgemacht worden.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Berlin. In den am 19. November abgehaltenen zwei Branchenversammlungen der Kraftwagenfahrer machte der Vorsitzende zuerst Mitteilung über die abgeschlossenen Lohnbewegungen in den Großbetrieben und beschiedenen Lohnifferenzen. An die Kollegen wurde die dringende Mahnung gerichtet, den Arbeitgebern

durch ihr Verhalten während der Arbeitszeit keinen Anlaß zum Klagen zu geben. Desto eher sei es der Organisationsleitung möglich, die Arbeitgeber bei evtl. Uebergriffen ihrerseits zu überzeugen und so etwaige Differenzen beizulegen. Es muß hierbei mindestens verlangt werden, daß die Kollegen wenigstens versuchen, ihren Dienst korrekt auszuführen. Im weiteren wurde auf die in nächster Zeit stattfindende Kartierung der Mitglieder hingewiesen, damit sich die Mitglieder darauf einrichten können.

Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß der Verbandsvorstand in aller nächster Zeit Fragebogen an jeden einzelnen Kollegen herausgibt, um die Grundlagen zum weiteren Ausbau des Rechtsschutzes und Einrichtung einer eventuellen Haftpflichtversicherung festzustellen. Alle Kollegen werden ersucht, in ihrem eigenen Interesse diese Fragebogen genau auszufüllen und wieder an die Ortsverwaltung abzugeben. Die Versammlungen sollen von jetzt ab am Donnerstag abgehalten werden. Nachdem hielt der Kollege Lamprecht in der Abendversammlung einen Vortrag über: „Deutschland als Kulturstaat“, welcher von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. Hierauf verlas Kollege Rettig ein Antwortschreiben des Amtsvorstehers aus Friedenau auf unsere Eingabe betreffs eines Nachhalteplatzes an der Kaiserstraße, welcher durch dieses Schreiben abgelehnt ist. Der Herr Amtsvorsteher will erst eine gerichtliche Entscheidung abwarten. Betreffs den zwei Gleichschreitern an Kraftfahrzeugen hat der Verbandsvorstand eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet; dieselbe wurde ebenfalls verlesen. Hierauf wurde ein Brief des Kollegen Hante, der ihn im Auftrage der Pferdewagenführer geschrieben, verlesen, worüber eine rege Diskussion stattfand. Hierzu wurde in beiden Versammlungen folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 19. November 1909, in den „Musikerzäfen“ versammelten Kraftdroschkenführer verpflichten sich, zur Wahrung der Kollegialität unter den im Droschkenführergewerbe tätigen Wagenführern folgendem nachzukommen:

An solchen Stellen, wo die Kollegen Kraftdroschkenführer pflegen ihre Bedürfnisse zu befriedigen, aber sich Halteplätze in unmittelbarer Nähe befinden, ist es Ehrenpflicht aller Verbandsmitglieder, unter allen Umständen dahingehend zu wirken, daß dort keine Fahrgäste aufgenommen werden; dieselben sind vielmehr an die nächsten Halteplätze zu verweisen. Hierbei ist dieses besonders vor den Gastwirtschaften in der Mittel- Ecke Schadowstr., ebenso in der Jägerstraße zu beachten.

Im weiteren wird den Kollegen zur Pflicht gemacht, vornehmlich des Nachts, die Südseite der Straße unter den Linden, die Friedrichstraße von der Weidendammerbrücke bis zur Jägerstraße, die Neustädtischestr. und Georgenstraße, möglichst mit leerstehenden Wagen zu meiden. Dafür soll jeder Kollege bestrebt sein, einen der nächsten Halteplätze aufzusuchen, damit die hiermit selbstgegebenen Bestimmungen im eigenen Interesse aller Berufs-kollegen von denselben durchgeführt und beachtet werden, verpflichten sich die Versammelten, jeden Nichtbeachter dieser Resolution der Branchenleitung zu melden, damit der Betreffende gerügt und eventuell in einer der nächsten Versammlungen veröffentlicht wird.“

Auf Antrag des Kollegen Zeising wurde beschlossen, eine Eingabe an den Magistrat von Berlin zu richten, dahingehend, die Deputation der Straßenreinigung anzukommen, daß dieselbe bei eintretenden Schneefällen zu allererst die Droschkenhalteplätze säubern läßt, damit die Droschken nicht tagelang mitten auf dem Fahrdamm halten müssen und somit den gesamten Verkehr gefährden. Nach einer Anrede des Vorsitzenden, daß die Kollegen den Parteitagbeschlus betreffs dem Schnapsbohrt beachten sollen und die Arbeiterpresse, den „Vorwärts“ abonnieren, sowie als aufgeklärte Arbeiter Mitglieder der politischen Organisation und des Konsumvereins werden, wurden die Versammlungen geschlossen.

München. Der letzte Streit der Kraftdroschken-Chauffeure ist den Mitgliedern des Kraftdroschkenvereins derart in die Glieder gefahren, daß sie aus Furcht vor weiteren Niederlagen mit den Streikbrechern gemeinsame Sache machten und einen gelben Verein gründeten, angeblich zur Wahrung der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nachdem man die Innungsmittelglieder, die einsichtig genug waren, die minimalen Forderungen der Chauffeure zu genehmigen, wegen Streikbruchs aus der Innung hinausgeworfen hat, liebäugelt man mit Streikbrechern aus den Reihen der Arbeitnehmer. Diese befinden sich anscheinend in guter Gesellschaft. Daß eine Reihe von Innungsmittelgliedern sich trotzdem für zu gut hält, mit solchen Elementen gemeinsame Sache zu machen, geht daraus hervor, daß eine Firma ihre Streikbrecher mit 1,50 Mk. pro Tag und 10 pCt. der Einnahme entlohnte, nach dem Streik sie aber entließ und durch organisierte Chauffeure ersetzt, denen 2 Mk. und 10 pCt. bezahlt werden. Jedenfalls werden diese jetzt entlassenen Streikbrecher auch Mitglieder dieses gelben Vereins geworden sein. Das „Neue Münchener Tagblatt“ soll anscheinend Publikationsorgan dieser Gelben werden. Bereits am Tage nach der Gründung erschien in diesem Blatt eine Notiz, aus der hervorging, daß ein Vertreter der christlichen Organisation bei der gelben Gründung Parte gestanden hat. Der Anwurf, die sozialdemokratischen Gewerkschaften seien die Vorfrucht der gelben Gewerkschaften, berührt uns ebenso wenig, wie die übrigen großen Unwahrheiten, ohne die die Christen nun einmal nicht existieren können. Ueber verlorene Streiks zu reden hätte diese am allerwenigsten Ursache. Ist doch ein nicht geringer Teil unserer Niederlagen bei Streiks auf das Konto der Christlichen und ihres verräterischen Treibens zu setzen. Sollen wir vielleicht nochmals mit unserem Material herausrücken und zeigen, welche verwerfliche Rolle sie 1905 bei der Lohnbewegung bei Schmederer und 1906

beim Münchener Kohlenarbeiterstreit gespielt haben? Heute schmachten die Kohlenarbeiter noch unter dem Drucke des damaligen Arbeiterberrates der Christlichen und niemals werden diese in München imstande sein, aus eigener Kraft eine Lohnbewegung zu führen. Die Christlichen sprechen von einem verlorenen Streik der Droschkenführer und Chauffeure im Frühjahr 1908 und im gleichen Anzuge von einem Tarifvertrag. Hätten die Christlichen beim Solhofer Streik auch pro Woche eine Lohnerhöhung von 3,50 Mk. und verschiedene Verbesserungen durchgesetzt, dann würden sie nicht von einer Niederlage reden, sondern einen großen Sieg hinausposaunen. Auch jetzt arbeiten etwa 100 Chauffeure bei 49 Firmen im neuen Tarifverhältnis, das ihnen einen Wochenlohn von 28 Mk. garantiert, während die übrigen Chauffeure bei der jetzigen Konjunktur sich mit einem Wochenverdienst von 20 bis 24 Mk. bei sieben tägiger Arbeitsleistung zufrieden geben müssen. Mit den angeblich 73 Mitgliedern dieses gelben Vereins ist es nicht weit her, wenn man bedenkt, daß etwa 60 Herren oder Ehne und Töchter der Besitzer Selbstfahrer sind, die ebenfalls das Bedürfnis haben, für die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzutreten. Sind doch einige dabei, die sich als Herren aufspielen, obwohl ihnen kein Rad vom Wagen gehört. Bis jetzt ist nur ein Chauffeur aus dem Deutschen Transportarbeiterverband ausgetreten, und zwar ein gewisser Georg Lerch, Tegernseelandsstr. 125, 3 Tr., der während des Chauffeurstreiks ein Privatautomobil fuhr und somit bei dieser Bewegung nicht in Frage kam. Wenn er trotzdem glaubt, aus Liebe zu seinem Herrn weiterzufahren zu sein, so wollen wir ihm diesen Glauben nicht nehmen, sondern nur bemerken, daß er, wenn er aus dem gleichen Grunde ein Droschkenautomobil gefahren hätte, ebenfalls aus dem Verbandsausgeschlossen worden wäre. Im übrigen sind Leute in dem gelben Verein, die die Unterstützung der Kraftdroschkenbesitzer sehr gut brauchen und in einer modernen Arbeiterorganisation nicht aufgenommen werden können.

Auch die Firmen, welche genehmigt haben, gehen nunmehr daran, einen eigenen Verein zu gründen, der bestrebt sein soll, dem scharfmacherischen Innungs-zopfberein entgegenzuwirken. Sie hatten es schon längst satt, von einem Manne wie Holzmaier geführt zu werden, der ein sehr großes Interesse für die hohe Weiblichkeit an den Tag legt, sonst aber hinterponnerischen Prinzipien huldigt. Herr Holzmaier hat hier in München einen Hundewagen, womit er es außerordentlich versteht, seinen eigenen Mitgliedern Konturrenz zu machen und volter Reib blickten seine Kollegen auf den dichtbesetzten Fremdenwagen, während sie selbst auf den Wartepätzen auf Fahrgelegenheit warten. Daß die Portiers der Münchener Hotels, die eigentlich die Geschäfte des Herrn Holzmaier auf Kosten des fremden Publikums besorgen, bei einem derartigen Geschäft nicht zu kurz kamen, ist selbstverständlich. Die Herren Arbeitgeber schimpften wohl weidlich darüber, hatten aber nicht den Mut, ihrem Vorstande gegenüberzutreten. Kein Wunder, wenn nunmehr bei einer großen Zahl von Arbeitgebern das Verlangen wachgerufen wird, einen eigenen Verein zu gründen. Wir können mit dieser Entwicklung zufrieden sein, wissen wir doch, daß durch den letzten Chauffeurstreik die Macht des Kraftdroschkenvereins gebrochen ist.

Droschkenführer.

Berlin. Rassenbericht der Verwaltung Berlin 4 (Verein der Droschkenführer Berlins und Umgegend) per 3. Quartal 1909.

Einnahme:	
Bestand vom vorigen Quartal	24 908,06 Mk.
231 Aufnahmen a 1 Mk.	231,—
23 307 Beiträge a 0,50 Mk.	11 653,50
14 028 Beiträge a 0,40 Mk.	5 611,20
3 Beiträge a 0,25 Mk.	—,75
1 684 Beiträge a 0,20 Mk.	336,80
3 164 Beiträge (Streiff.) a 0,30 Mk.	949,20
Zinsen	251,85
Rücktion von der Gasanstalt	30,—
Zurückgezahltes Darlehn	42,—
Dep. Fahrgeld	17,25
Diverse (Lohnbücher, Legit.-Karten)	62,50
Summa:	44 094,11 Mk.

Ausgabe:

Vertikale Unterstützung in Sterbefällen	80,—
Extraktunterstützung	82,—
Gehalt und Versicherungsbeiträge	1 795,76
Agitation und Sitzungen	165,05
Miete	65,—
Telephon	—,50
Reinigung	36,—
Utensilien	13,60
Porto	34,73
Drucksachen	114,80
Abonnements	5,25
Dep. Fahrgeld	19,60
Verordnungs-Ankosten	43,05
Diverse	5,20
Bezirk Groß-Berlin	3 093,23
Bibliothek und Arbeitsnachweis	656,23
Sternwarte-Billets	240,—
Darlehn (Streik 1907)	415,75
Antenonen	15,60
Festbesitz	21,20
Rechtsanwaltsgebühren	12,15
Streikunterstützung (Schwed. Arbeiter)	150,—
Hauptkasse abgeliefert	12 364,60
Rassenbestand	24 664,81
Summa:	44 094,11 Mk.

Vermögensnachweis:

Bei der Deutschen Bank deponiert	19 600
Mk. 3proz. Consofs, Ankaufswert	17 799,30
Gewerkschaftshaus	6 500,—

Bar bei der Deutschen Bank	363,65
Mk. 186	186,—
Summa:	24 664,81 Mk.
Hierzu kommt noch ein Ausstand Sternwarte-Billets	240,—
Lohnbücher und Legitimationenkarten	146,—
Darlehn vom Streik 1907	415,75
Zahreszinsen v. d. Deutsch. Bank 09	32,20
Summa:	25 498,76 Mk.

Berlin, den 27. Oktober 1909.

Für die Richtigkeit: Die Revisoren
Nich. Roethe. Wih. Schimke. Ernst Welt.

Hamburg II. Versammlung am 11. November. Zum Bericht der Kommission in Sachen Heber schlägt diese vor: Die beiden Kollegen sollten sich wieder vertragen, ein Ausschluß Hebers rechtfertigt sich nicht, da beide Kollegen an jenem Tage nicht ganz nüchtern waren. Die Versammlung und die beiden Kollegen stimmen dem zu. Unser Wintervergügen soll als Kostümfest am 7. Februar im Gewerkschaftshaus abgehalten werden. Zum 3. Punkt: „Reorganisation der örtlichen Verbandsvereinigungen“, referiert der Gauleiter. Referent geht unter Hinweis auf die große Einigkeit der Arbeitgeberverbände und die denselben dadurch gegebenen Machtmittel, auf die Notwendigkeit ein, auch in unseren Reihen mehr für Einheitlichkeit zu sorgen. Referent greift auf die Gründung der Verbände zurück und führt die vielen, nur zum Vorteile der Verbände geschehenen Veränderungen innerhalb derselben, den Anwesenden vor Augen. Da nun in den nächsten beiden Quartalen auch die Gründung des Industrieverbandes aller Transportarbeiter zu Lande und zu Wasser erfolgen wird, sei es notwendig, unsere örtlichen Verbandsvereinigungen zusammenzulegen, um Ersparnisse zu machen und die Agitation einheitlicher betreiben zu können. Heute habe unser Verband am Orte mehrere Büros, dieses dürfte in Zukunft nicht mehr zweckmäßig sein, da sich durch den Zusammenschluß mit Hafenarbeitern und Seeleuten die Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung herausstellen werde und dann bei den 18 000 Mitgliedern die kleineren Ortsverwaltungen nicht mehr den Druck ausüben können, den eine große geschlossene Ortsverwaltung ausüben kann. Auch wird es den arbeitslosen Kollegen bei dem zu gründenden gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis eher möglich sein, wieder in Arbeit zu kommen, als dieses jetzt geschehen kann. Referent ersucht die Anwesenden, sich die Sache trotz der wiederholt gemachten Zwischenrufe ruhig zu überlegen und den in den gemeinschaftlichen Ortsverwaltungsungen gemachten Vorschlägen zuzustimmen.

Nachdem von Abrecht die Bedingungen betreffs Zusammenlegen der Ortsverwaltungen verlesen und die Kollegen Kapele, Berward, Müller, Böb, Börs, Timm und Egner für die Zusammenlegung der Ortsverwaltungen, die Kollegen Hant, Jro und Stüben dagegen gesprochen, zertrat der Referent in seinem Schlußwort alle die erhobenen Bedenken und betont, daß in späteren Sektionen die Rechte der Mitglieder ebenso gut gewahrt werden, als in der jetzigen Ortsverwaltung. Als nun zur Abstimmung geschritten werden soll, verlassen auf die Aufforderung von Punkt: „Alle Droschkenführer mit mir rausgehen.“ 3 bis 4 Kollegen demonstrativ den Saal. Diese kehren jedoch gleich wieder zurück. Die Abstimmung ergab die Annahme der Anträge gegen einige sehr wenige Stimmen. Somit schließen sich die Ortsverwaltungen 1 und 2 ab 1. Januar 1910 zusammen. Des weiteren wird einstimmig beschlossen: 1. Ab 1. Januar keinen örtlichen Zuschuß zur Krankenunterstützung mehr zu geben, sondern nur das aus-zuzahlen, was die auf dem letzten Verbandstage beschlossene Erwerbslosenunterstützung vorschreibt; 2. im Dezember keine Versammlung abzuhalten.

Unter „Verschiedenes“ wird ein Streitfall eines Kollegen Droschkenführers mit einem Hebdagfahrer und die Lohnbewegung bei Gebr. Webers besprochen, wobei besonders auf den „großen Mut“, den die dort beschäftigten Stallkutscher bei dieser Gelegenheit gezeigt haben, hingewiesen wird. A. gibt bekannt, daß die Polizeibehörde einen Droschkenposten an der „Landwehr“ und einen Nachtposten auf dem „Neuen Wall“ bei dem Lokal „Jardin des Fleurs“ eingerichtet habe. Der Bevollmächtigte soll bei der Behörde beantragen, daß der Posten „Bahnhofs-platz“ nachts um 4 Wagen, der Posten beim „Dammort Café“ um 2 Wagen verlängert und daß auf dem Hackmannplatz bei dem „Wieder Café“ ein Nachtposten neu eingerichtet werde.

Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten, aber teilweise recht unruhig verlaufenen Versammlung.

Fahrtstuhlführer.

Berlin. Des öfteren sah sich die Branchenleitung der Fahrtstuhlführer und Portiers veranlaßt, vor den sogenannten Fahrtstuhlführer-Schulen zu warnen. Wiederholt mußten Warnungen in der Tagespresse erlassen werden. Ein Kollege, der einen Kurkurs in einer derartigen Schule durchgemacht hat, schreibt uns darüber folgendes:

„Infolge meiner fortwährenden Arbeitslosigkeit und auf Breden meiner Verwandten, es doch einmal mit einem anderen Beruf zu versuchen, entschloß ich mich, einen Fahrtstuhlführerkursus durchzumachen. Da in den Tageszeitungen immer verschiedene derartige Schulen annoncierten, und da ich schon mal in einer sogenannten Böglererschule 10 Mk. reingesteckt habe, wollte ich nun recht sicher zu Werke gehen, bin aber, wie ich schon im voraus bemerken will, ebenso reingefallen, wie in der Böglererschule. Die Kollegen, welche dies lesen, werden denken, ich hätte schon nach dem ersten Rein-fall gefeierter sein müssen, aber wie sich der Eririr-fende am Strohhalm festhalten will, so sieht man als Arbeitsloser in diesen Ausbeutungsschulen trotzdem den Rettungsanker und man ist immer der Hoffnung, viel-leicht klappt es doch mal.“

Zuerst ging ich nun nach der Fahrtstuhlführerschule von Birkner, Tempelherrenstr. 12. Zu der Zeit, als ich kam, war der Herr gerade nicht zugegen; ich wartete also, es dauerte auch nicht lange, und Herr Birkner trat ein, gab mir freundschaftlich die Hand und fragte nach meinem Begehre. Ich sagte ihm darauf, ich möchte

Fahrtstuhlführer werden. Er frug mich nun, ob ich schwindelfrei wäre, denn er wäre amtlich verpflichtet, dies als erste Frage zu stellen. Nach den nötigen Fragen über meine Arbeitslosigkeit und dem noch viel nötigeren Bedauern seinerseits, erlaubte ich mir die Frage, ob ich denn Lust hätte, überhaupt Stellung zu bekommen. Er ging darauf zur Schublade, holte einen Stoß Karten und Briefe und sagte: „Sehen Sie mal, das sind alles Fahrtstuhlführerstellen, die habe ich alle schon vermittelt, warum sollten Sie denn nun gerade keine Stellung bekommen?“

Die Art und Weise, die Freundlichkeit, mit der dies alles vorgebracht wurde, ließ bei nicht genauem Augenmerk Herrn Bürkner als echten Menschenfreund hinstellen. Doch da 27,50 Mk. für jemanden, der arbeitslos ist, kein Pappenstiel sind, und mir die Freundlichkeit und Menschenliebe des Herrn nicht sehr gefiel, ging ich zur Schule des Schöneberger Portiervereins (Sturfsrüfenstraße). Ich sagte auch hier, daß ich Fahrtstuhlführer werden wollte, wäre schon bei Bürkner gewesen, aber mir sind 27,50 Mk. zu teuer. Nach langem Gerede und Geschimpfe des Herrn Portiers über die anderen Fahrtstuhlführerschulen, kamen wir zu dem Resultat, daß hier die richtige Schmiede ist und ich nur hier was lernen könnte. Ich frug nun hier nach den Steuerungen der einzelnen Fahrtstühle, da sagte man mir, daß ich einen Tag bei dem, andern Tag bei jenem Fahrtstuhlführer wäre; jeder Fahrtstuhl hätte eine andere Steuerung. Ich frug nun noch nach dem polizeilichen Prüfungsschein. Na, meinte er, das wird sich schon bei irgend einem Portier machen lassen. Der Rufus kostet 15 Mk., 7,50 Mk. mußten gleich bezahlt werden, und der Rest von 7,50 Mk. bei Aushändigung des Prüfungsscheines. Ferner muß sich jeder Schüler verpflichten, mindestens ein Jahr dem Portierverein anzugehören; der Beitrag kostet pro Monat 50 Pf. Also nun gehen Sie morgen zu dem Portier in der Barbarossastraße, der wird sie mit der Heizungsanlage vertraut machen. Ich gehe also den andern Tag hin, werde von der Portierfrau nach der Heizung gewiesen; ein Schüler, der zwei Tage gelernt hatte, war auch noch da. Na, meinte der Portier, wenn Du gut auspakt, kannst Du gleich am Sonnabend, es war Dienstag, mitgeprüft werden. Darauf sagte er zu dem anderen: Nun erzähle mal, welches die Obliegenheiten eines Heizers sind; ich hatte Dir das doch schon erzählt, ich will mal sehen, ob Du aufgepaßt hast. Es waren zwei Kessel, Warmwasserbereitung, Warmwasserheizung. Nach den Erklärungen sagte ich, daß ich mich mit dem theoretischen Unterricht allein nicht befremden kann, vielmehr hätte ich die Sache gern praktisch durchgemacht. Darauf erwiderte er: Du kannst ja morgen früh um 7 Uhr kommen und dann den Kessel selbst bedienen. Ich bekam noch die Bescheinigungsschriften zum Abschreiben und war dann für den Tag entlassen. Als ich am andern Tag kam, hatte er schon alles fertig, so daß ich nur alle drei Stunden ein paar Kohlen aufschütten brauchte. Morgen brauchst Du nicht zu kommen, und dann wollen wir an den Fahrtstuhl gehen. Das war nun ein Fahrtstuhl mit Knopfsteuerung. Wir gingen nach dem Motorraum, er erklärte uns, von wo der Strom ausgeht und zu welchem Zweck der Widerstand ist. Er machte die Sache eben so gut wie er es konnte. Dann gingen wir nach oben, der Portier hielt gerade dritte Etage. Ich mußte auf den Knopf drücken und der Stuhl kam herunter; wir stiegen ein, fuhren bis zur ersten Etage und wieder zurück. Er erklärte uns die Gangvorrichtung und fertig war der Lack. Morgen werdet Ihr geprüft, bringt die zweite Karte mit. Am dem Tag kamen nun der Vereinssprechende und zwei Weisler, die uns abstragten und uns dann die letzten 7,50 Mk. abknöpften. Ich wollte erst protestieren, daß aus den Fahrtstühlen mit verschiedenen Steuerungen nur der eine mit Knopfsteuerung geworden ist, ferner daß die Lehrzeit doch 14 Tage betragen sollte und nicht bloß drei Tage. Da mir jedoch von einem Bekannten gesagt wurde, daß ich, sobald ich ausgemerkt hätte, sofort bei einer Firma in Stellung treten könnte, sah ich davon ab. Die Stelle ist aber nachher nicht frei geworden. Später erhielt ich auch eine Stelle als Fahrtstuhlführer, wußte aber sehr wenig mit den Fahrtstühlen bescheid, weil doch ein Fahrtstuhl mit Knopfsteuerung eine ganz andere Einrichtung hat, als ein Fahrtstuhl mit Seil- oder Radsteuerung, so daß ich es nur dem Maschinenmeister zu verdanken habe, daß ich nicht gleich bei der polizeilichen Prüfung durchgefallen bin.

Wenn Privatunternehmer, so wie Bürkner, den Arbeitslosen den letzten Groschen aus der Tasche ziehen, so ist das zu verstehen, da eben jeder sucht, sich so schnell wie möglich zu bereichern. Wenn sich aber, wie in meinem Falle ein Recht dazu erhebt, so ist das einfach unfaßbar. Wenn man ferner bedenkt, daß ein Arbeitsloser doch zu einem Verein immer mehr Zutreten hat, als wie zu einem Privatunternehmer und man wird dann auf eine solche Art getäuscht, so erscheint die Handlungsweise des Schöneberger Portiervereins gewiß nicht in empfehlendem Lichte.

Handelsarbeiter.

Mugsburg. Wie die Zustände bei unseren Kollegen im Handelsgewerbe liegen, hat die letzte Versammlung am deutlichsten bewiesen. Nicht nur, daß die Löhne für Erwachsene zwischen 16 und 20 Mk. schwanken und die Arbeitszeit ganz nach Belieben der Arbeitgeber eingeteilt und festgesetzt wird, muß auch noch ein großer Teil der Kollegen sein eigenes Fahrrad unentgeltlich in den Dienst des Unternehmers stellen. Wenn es so weiter geht, wird die Zeit nicht ferne sein, wo die Großkaufleute und Fabrikherren vom dem Ausgeber oder Hausdiener bei seiner Einstellung ein Auto als Grundbedingung verlangen. Bei einem Lohne von 16 bis 20 Mk. etwa nicht im Tage, sondern in der Woche, und zwar nicht in sechs, sondern in sieben Tagen und vieler Nachstunden wäre eine

solche Forderung bei den Mugsburger Handelsherren noch lange keine Unmöglichkeit. Dazu kommt noch, daß in den meisten Betrieben bei Erlass der Jugendlichen den Vorzug erhält, weil er noch billiger und williger — und das will bei den Mugsburger Handelsarbeitern etwas heißen — ist, als sein älterer Berufscollege. Auch wurde von einigen Kollegen bedauert, daß bei freiverwendenden Stellen immer die vom Lande kommenden den Vorzug erhalten, während der wirklich eingearbeitete Kollege zusehen könne, bis er irgendwo unterkomme. Dieser Uebelstand tritt überall dort auf, wo die Kollegen der Organisation aus dem Wege gehen, wie es in Mugsburg noch bei den meisten der Fall ist. Der Arbeitgeber weiß nur zu gut, daß er einen Arbeiter vom Lande noch viel besser ausnützen und auch noch schlechter bezahlen kann, wenn dieses überhaupt noch möglich ist, als einen Kollegen, welcher die Verhältnisse kennt. Gätten die Handelsarbeiter einen Tarif, der den mindesten Lohn sowie die Arbeitszeit festlegt, dann hätten die Unternehmer sicher kein Interesse, uneingearbeitete, fremde Kräfte dem eingeschulten, stadtkundigen Personal vorzuziehen. Ebenso ist es mit den Jugendlichen. Ist schon der Erwachsene als unorganisiert vollständig dem Willen seines Arbeitgebers ausgeliefert, wenn er seinen Arbeitsplatz behalten will, so trifft das Gefüge bei dem jugendlichen Kollegen in doppeltem Maße zu. Auch der junge Kollege ist gezwungen, seinen Unterhalt zu suchen, und weil er an seinen älteren Berufsgenossen keinen Rückhalt und keine Stütze findet, sinkt er zum unfreiwilligen Lohnbrücker herab, zum Nutzen der Arbeitgeber und zum großen Schaden seiner Klassengenossen. Sollen die Dinge bei den Handelsarbeitern bessere werden, dann müssen sich die Kollegen zusammenschließen in ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande, wo ihre Berufsgenossen in verschiedenen Städten Deutschlands bereits organisiert sind. Der Anfang, Kollegen, ist gemacht, nun heißt es, rükt weiter arbeiten. Leider gibt es auch in den Reihen der Handelsarbeiter Elemente, welche nicht nur jeden Zusammenschluß und damit die Einigkeit zu hintertreiben suchen, sondern sich zur traurigsten aller Taten, zum Verräter ihrer Leidensgenossen hergeben. Solche Kollegen sollten doch bedenken, daß der Arbeitgeber zwar den Verrat, nie aber den Verräter liebt, denn vor einem Judas hat auch der Prostitutionsteufel keinen Respekt. Wenn diese Zeiten diesem Judas unter die Augen kommen und er die Tat seines Meisters nachahmen will, so diene ihm zur Kenntnis, daß die Ortsverwaltung Mugsburg unseres Verbandes die Strafe für solche Subjekte gratis liefert und somit jedem solcher Uebelthäter die Kosten erspart. Ein Arbeiter, der sich zu solch niedriger Handlungsweise herabsetzt und seine Klassengenossen verkauft, verdient entsprechenden Lohn. Doch wird auch dieser Verräter den Vortritt der Arbeiterbewegung nicht hindern können. Der Gedanke der Organisation hat auch bei den Handelsarbeitern in Mugsburg Wurzel gefaßt, und nun muß jeder Kollege alles daransetzen, die noch fernstehenden Handelsarbeiter unter den Schutz des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu bringen. Nur Einigkeit macht stark.

Berlin. In der Glas- und Kurzwarenbranche geht es munter vorwärts. Vor kurzem konnten wir berichten, daß die Kollegen bei Ravene durch die Organisation Vorteile errungen haben. In einem ähnlichen Geschäft, J. E. Degner, machten die Kollegen ebenfalls den Versuch, die Löhne, deren Höhe schon ebenso altbewährt wie die Firma selbst ist, mit den Erfordernissen der Jetztzeit in Einklang zu bringen. Bestanden doch Löhne von 25 Mk. nach neunjähriger Tätigkeit bis herunter zu 21 Mk., nach einjähriger Tätigkeit.

Mehrere Versuche bei dem in Frage kommenden Expedienten, eine Lohnzulage zu erwirken, blieben erfolglos. Ein weiterer Uebelstand war, daß die Ueberstunden mit 35 Pfg. bezahlt wurden.

Nunmehr versuchten es die Kollegen, mit einem höflichen Schreiben an den Inhaber des Geschäftes Herrn Max Degner. Höflich entriefft über das Gebahren der unbotmäßigen Pader, die es gewagt, sich direkt an den Chef zu wenden, teilte der Expedient den Kollegen mit, daß eine Lohnzulage nicht gewährt werden könne; die Ueberstundenbezahlung mit 50 Pfg. pro Stunde wurde zugestanden (wohl weil sehr wenig, höchstens vor Weihnachten welche gemacht werden.) Nun versuchten die Kollegen, durch die Organisation ihre Forderung zur Geltung zu bringen. Es wurde eine Lohnaufbesserung von 10 pCt. verlangt. Anfanglich reagierte man auch hierauf nicht; erst als die Kollegen Miene machten, die Arbeit niederzulegen, lenkte man ein und bewilligte Lohnzulagen von 1 Mk., außerdem wurde bestimmt versichert, eine weitere Lohnzulage nach Beendigung des Jahres zu geben. Des ferneren soll im nächsten Jahre jedem Kollegen ein Urlaub gewährt werden, über dessen Festsetzung Bestimmtes jedoch nicht mitgeteilt wurde.

Bei der Firma Mudra u. Co. versuchten es die Kollegen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Löhne sowie überhaupt die ganzen Arbeitsverhältnisse waren im allgemeinen nicht die schlechtesten, jedoch wünschten die hier in Frage kommenden 9 Kollegen, daß die in letzter Zeit geübte Praxis, daß neue Arbeitskräfte von der Strafe mit 22 Mk. pro Woche eingestellt würden, beseitigt und außerdem die auch in anderen Geschäften übliche Gewohnheit, die Pader und Rutscher beim Wortamen zu rufen, abgeschafft wird. Ferner wurde gefordert, die Arbeit an Sonnabenden und in den Sommermonaten Juni, Juli und August eine Stunde früher und an den Tagen vor den gesetzlichen Feiertagen 3 Stunden früher zu beenden.

Die Geschäftsleitung verhandelte mit einer von den Kollegen gewählten Kommission und bewilligte mit einigen unbedeutlichen Punkten alles Geforderte. Den Sommerurlaub wollten die Kollegen gestaffelt eingeführt wissen. Es wurde jedoch davon Abstand

genommen, und derselbe für alle Kollegen gleichmäßig auf 8 Tage festgesetzt.

Anlässlich einer anderen Sache hatten zwei Verbandsvertreter Gelegenheit, mit dem Geschäftsleiter Herrn Haubitz eine Verhandlung zu pflegen und sich im Laufe derselben über die Verhältnisse im Betriebe zu unterhalten. Die Vertreter lernten in Herrn Haubitz einen Arbeitgeber kennen, wie er nicht sehr oft anzutreffen ist, und wurde auch bei dieser Gelegenheit noch einmal von demselben versichert, daß die Wünsche der Kollegen, wenn irgend zugänglich, Berücksichtigung finden werden.

Bei der Firma J. Edelstein, G. m. b. H., wo über 30 Kollegen in Frage kommen, ist es ebenfalls gelungen, Verbesserungen in bezug auf Löhne und hygienische Einrichtungen zu erreichen.

Vor nicht allzu langer Zeit war in diesem Betriebe von Organisation wenig zu merken. Im Laufe eines Jahres war es jedoch möglich, außer einigen unrühmlichen Ausnahmen, die wohl auch in anderen Betrieben des öfteren zu verzeichnen sind, die Kollegen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Welche Schwierigkeiten hier in diesem Betriebe zu überwinden waren, kann nur derjenige ermessen, der weiß, daß es Usus war, die neuen Arbeitskräfte von der Christlichen Herberge zu holen. Diese Kollegen erhielten den fürstlichen Anfangslohn von 18 Mk. pro Woche. Daß sich die armen Teufel, die mitunter vollständig abgerissen waren, und in manchen Fällen „nichts hatten, wo sie ihr Haupt hinlegen konnten“, manchmal nicht so benahmen, wie man es sonst in menschlichen Leben gewöhnt ist, ist begreiflich. Nichtsdestoweniger wurde nichts unterlassen, um in diesem Betrieb den mit Fleiß geübten Erid, daß ein Kollege den anderen bei seinem Vorgehen versuchte anzuschwärzen, aus der Welt zu schaffen und ein gegenseitiges Einvernehmen herzustellen. Es wurde auch hier ein Tarifentwurf eingereicht und um eine Verhandlung ersucht. In einem an die Verbandsleitung gerichteten Antwortschreiben wurde jedoch mitgeteilt, daß sich die Geschäftsleitung mit „ihren“ Leuten selbst verständigen wolle. Wir konnten als Organisation nichts dagegen einwenden, glaubten aber, den richtigen Weg gehen zu müssen und wurde von den Kollegen eine fünf-gliedrige Kommission beauftragt, mit Herrn Edelstein zu verhandeln. Aber auch diese wurde zur Verhandlung nicht anerkannt. In einer nachdem abgefaßten Preisbesprechung beauftragten die Kollegen nunmehr die Verbandsleitung, eine Verhandlung nachzusuchen. Dies geschah und wurden die Organisationsvertreter auch nicht, wie früher von einigen Kollegen angenommen wurde, abgewiesen, sondern abe an zur Verhandlung zu erscheinen. Das Ergebnis der selben war, daß eine Lohnzulage für jeden Kollegen von 50 Pfg. bis 1,50 Mk. erfolgte. Der Durchschnittslohn, der früher 22,07 Mk. betrug, betrug jetzt 23,18 Mk. Ferner wurde eine höhere Ueberstundenbezahlung erzielt und erreicht, daß verschleppbare Spindeln angeschafft und jedem Beschäftigten vom nächsten Jahre ab ein Sommerurlaub gewährt wird. Die Festsetzung desselben ist jedoch so minimal (nach einjähriger Tätigkeit 2 Tage, nach zweijähriger Tätigkeit 3 Tage), daß es aller Anstrengungen bedarf, um bei geeigneter Gelegenheit hier eine Veränderung vornehmen zu können. Die Voraussetzung hierzu jedoch ist, daß die Kollegen fest und treu zu ihrer Organisation halten. Außerdem muß es Aufgabe sämtlicher organisierter Kollegen sein, darüber zu wachen, daß anstatt der früher geübten Methode, neue Arbeitskräfte nicht mehr von der Christlichen Herberge, sondern vom Arbeitsnachweis des Verbandes bezogen werden.

Ein Vorkommnis wollen wir noch erwähnen, schon deshalb, weil es charakteristisch ist für die Beurteilung des Unternehmertums und mehr wie alles andere geeignet erscheint, den Unorganisierten die unbedingte Notwendigkeit des Anschlusses an die Organisation klar zu machen.

Nachdem nämlich Herr Edelstein in den Besitz unseres Schreibens gelangt war, hatte er nichts eiligeres zu tun, als sich Rat zu holen bei seinem schärfsten Konkurrenten, bei Herrn Hiemann von der Firma J. L. Lindenberal Edelstein und Lindenberal liefern hat den großen Warenhäusern Tietz usw. Von b i d n Seiten wird nun alles aufgegeben, um die verhasste Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Mit dem Moment jedoch, wo es daran geht, den Arbeiter zu bekämpfen, ist aller Hader vergessen, reichen sie sich die Hände und schließen einen Pakt gegen die Arbeitererschaft. Gerade hieraus sollten unsere Kollegen lernen und alles daran setzen, der großen Masse der indifferenten Kollegen den Weg zu weisen, den jeder einsichtige Mensch gehen muß, wenn er nicht untergehen will; den Weg zur Organisation! Nur durch Anschluß und Einigkeit können wir den Widerstand der Unternehmer brechen und uns menschenwürdige Verhältnisse schaffen!

Leipzig. Die Markthelfer im Buchhandel und verwandten Geschäften hielten am 12. November eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Winkau hielt einen Vortrag über: „Wirtschaftliche Kämpfe früherer Jahrhunderte“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Dann kamen die Zustände bei der Firma Friedrich Schneider zur Sprache und wurde hierzu folgendes ausgeführt: Diese Firma gehört mit zu denjenigen Firmen, welche den im Buchhandel bestehenden Tarif-Vertrag nicht anerkannt und auch nicht zu Einführung gebracht haben. Aus diesem Grunde besteht für die dort beschäftigten Kollegen vor allen Dingen keine getegelte Arbeitszeit, sondern dieselben müssen eben so lange arbeiten, bis alles erledigt ist, natürlich ohne eine Ueberstundenbezahlung, dafür wird noch das alte früher bestandene Meh- und Weihnachtsgeschenk gewährt, wobei die betreffenden Arbeiter natürlich immer dabei den kürzeren ziehen. Die tarifliche Abzahlung scheint dieser Firma unbenannt zu

sein, denn ein Arbeiter erhält beispielsweise eine M. und ein Kollege im Alter von 21 Jahren, welcher neu eingestellt wurde, sogar die horrenden Summe von 15 M. pro Woche, also 3 M. unter der tariflichen Bezahlung. Pausen sind in diesem Betrieb für die dort beschäftigten Kollegen mit Ausnahme der Mittagspause nicht vorhanden, sondern dieselben sind gezwungen, ihre Mahlzeiten bei der Arbeit einzunehmen, was speziell Donnerstag, wo die Betreffenden von früh 7 Uhr bis abends 8 1/2 Uhr und noch später ohne jede Pause durcharbeiten müssen, jedenfalls nicht zur Gesundheit der Arbeiter beiträgt. Die Behandlung sowie die sanitären Einrichtungen in diesem Betriebe lassen ebenfalls noch vieles zu wünschen übrig.

Als die dort beschäftigten Kollegen in ihrer Mehrzahl nun dazu übergingen, sich der Organisation anzuschließen, um mit Hilfe derselben die bestehenden Mißstände zu beseitigen, konnten es aber einige Nachkollegen nicht über's Herz bringen, dem Unternehmer davon Mitteilung zu machen, was denselben Veranlassung gab, den angeblichen „Wähler“ zu entlassen. Dabei glaubte sich der betreffende Unternehmer auch noch als ein humaner Chef aufzuspielen, der jedoch jede Auskunft sowie eine Verhandlung über die Zuriücknahme der Kündigung rundweg ablehnte, was wohl nicht als human bezeichnet werden kann.

Eine besondere Beachtung verdienen die beiden dort beschäftigten Nachkollegen: Bauriegel und Vormann, die recht wenig Verständnis für die Organisation zeigen, während ersterer die Einrichtungen derselben, speziell die Angestellten des Verbandes herabzusehen versucht, glaubt der andere durch unverständliche alberne Witze sich über dieselbe lustig machen zu können, was gerade nicht von besonderer Intelligenz der beiden Leute zeugt.

Wenn es nun auch nicht gelungen ist, mit Hilfe der Organisation bessere Verhältnisse in diesem Betriebe herbeizuführen, so wollen wir hoffen, daß Herr Schneider als „humaner Chef“, dem diese angeführten Verhältnisse schließlich gar nicht bekannt sind, sich recht bald dazu herbeiläßt, Verbesserungen in seinem Geschäft zur Einführung zu bringen, andernfalls wir uns recht bald wieder und zwar nicht in lobender Weise mit dieser Firma beschäftigen müßten.

An diese Ausführungen schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher das Verhalten der Firma, sowie besonders das Benehmen der beiden angeführten „Nachkollegen“ scharf verurteilt wurde.

Nach verschiedenen Mitteilungen über interne Organisationsfragen wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Am Sonntag, den 7. November fand hier eine öffentliche Handelshilfsarbeiter-Versammlung statt. Der Besuch kann als ein guter bezeichnet werden und trotz alledem hat man gerade die Kollegen vermisst, denen es in erster Linie anginge, sich einen solchen Vortrag, wie er dort gehalten worden ist, mit anzuhören und sich frei zu äußern, über all die Mißstände, die noch in unserem Beruf vorherrschend sind, und um dadurch mit beizutragen, seine Lage und die der gesamten Kollegen mit verbessern zu helfen.

Das Referat hatte ein Leipziger Kollege übernommen und hat in seiner vortrefflichen Vortragsweise es verstanden, uns allen die Mißstände in den großen und größten Handelshäusern klar vor Augen zu führen. Er wies an der Hand von reichhaltigem Material auf die Konzentration des Kapitals, auf die Funktionen der großen industriellen Unternehmungen hin und daß das Proletariat infolgedessen gezwungen ist, sich ebenfalls zusammenzuschließen. Ein großer Teil unserer Kollegen sangen an, ihre Lage zu erkennen. Rastalle sagte in den vierziger Jahren: „Der englische Arbeiter hat es verstanden, seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu begreifen, dem deutschen Arbeiter muß man es aber erst sagen.“ Dazu gehören auch ein großer Teil unserer Berufskollegen, auch denen muß man es erst lernen. Der Redner ging in seinem Referat des näheren auf all die Mißstände ein, die bei uns auf der Tagesordnung stehen. So die lange Arbeitszeit, gibt es doch Kollegen, die 13, 14, 15, sogar 16 Stunden und darüber arbeiten müssen. Die Hausdiener sind es gerade, die die längste Arbeitszeit haben. Als das Gesetz betreffend den 8 Uhr-Abendenschluß in Kraft trat, träumte so mancher Kollege von einem pünktlichen Feierabend, aber es war eben bloß ein Traum, in der Wirklichkeit ist das anders. Nach Schluß des Geschäfts heißt es: Aufwärmen, Laden säubern, Pakete auf dem Heimweg zu den Kunden befördern usw. Wo bleibt da die gesetzliche Arbeitszeit? Wo bleibt die Kontrolle über die Gesetze? Selbst des Sonntags wird so mancher unserer Kollegen während der Kirchzeit beschäftigt und sehr oft sind es die frömmsten Unternehmer, die ihre Schaufenster mit Kutten verhängen und dahinter ihrer Profitgier nachjagen. Und welche traurigen Löhne werden bezahlt? Wie sollen unsere Kollegen damit haushalten, wie ihre Verpflichtungen dem Staat und der Kommune gegenüber nachkommen. Sind nicht die Frauen, selbst die Kinder gezwungen, den Lebensunterhalt mit zu verdienen? Ist da noch von Familienleben zu reden? Wo bleiben die Ruhepausen, die Frühstückspausen usw. Die Mahlzeiten müssen die Kollegen im „Gänge“ verzehren und was die Folge ist, zeigt uns deutlich die Statistik. Ist doch der größte Prozentsatz aller Magenkrankheiten bei unseren Kollegen zu finden. Wie sehen die Packeräume aus? Wo bleibt da die Hygiene; sehr oft sind es feuchte, strotzige Räume, oder es sind zugige Höfe. Wo bleiben die Schutzvorrichtungen? So z. B. die Milchschwämme in den Drogenhandlungen? Auch hier muß Remedium geschaffen werden. Die Kontrolle der Polizei zu übertragen, würde nicht genügen. Selbsthilfe tut hier not. Wie sieht das Stellenvermittlungswesen aus? Wie werden unsere Kollegen von dieser Leuteart geschädigt? Und wie unterstützen die Bür-

gerlichen Wähler diese Ausbeutung? Nur die Arbeit-nachweise unserer freien Gewerkschaften können hier nachbrechens wirken und müssen deshalb immer mehr und mehr ausgearbeitet werden. Der Referent geht dann auf die prinzipiellen Forderungen unseres Verbandes ein, wie: Forderung auskömmlicher Löhne, achtstündiger Arbeitstag, regelmäßige Ruhepausen, Frühstückspausen usw., generelle Forderung des 6 Uhr-Abendenschlusses, Unfallversicherung für alle in den Handelsgeschäften beschäftigten Personen, die Beseitigung des Post- und Logiswesens, Einführung von Handelsinspektoren, Arbeiterkammern usw. Alle diese Forderungen können nur dann erreicht werden, wenn sich die Kollegen in unserer Organisation fest zusammenschließen, sind doch dadurch, das beweisen die Tarifabschlüsse, viele Hunderte von Unternehmern gezwungen worden, unsere gerechten Forderungen anzuerkennen. Viele Kollegen glauben, es nicht nötig zu haben, sich zu organisieren und vertrauen auf ihre Lebensstellung. Und wie sieht es mit diesen Lebensstellungen aus? Sind nicht Kollegen, die 30, 40 Jahre und noch länger ihre Arbeitskraft dem Unternehmer verkauft haben, einfach auf das Straßenspülwasser geworfen worden. Nur Schulter an Schulter, Mann für Mann können hier durch die Organisation etwas Gesprießliches erreichen.

In der Diskussion sprachen die Kollegen ihren Beifall aus und bestätigten das Gesagte. Der Kollege Schwierke wies noch auf einzelne Firmen hin, wo die Verhältnisse weit schlechter seien, wie man im Vortrag gehört hat, daß in manchen Geschäften die Kollegen bis 11 Uhr und darüber beschäftigt werden. Die Regelung der Arbeitszeit muß eine der ersten Forderungen sein. Daß die Unternehmer einen Respekt vor unserer Organisation haben, beweist, daß sie unsere Kollegen auf eine Eingabe seitens unserer Ortsverwaltung in einem Jahre über 25 000 M. zugelegt haben. Nachdem der Referent in seinem Schlusswort noch auf die Unternehmerorganisation hinwies, schloß derselbe seinen Vortrag mit den Worten Laßalles, die wir uns alle zum Motto machen sollten: „Zerbrechen wir mit eiserner Hand auf immer das drückende Joch und pflanzen wir im ganzen Land die Arbeits-lahne hoch.“

Stuttgart. Auf unsere Eingabe vom 29. Okt. an die Generaldirektion der Staatsbahnen, betr. die Errichtung weiterer Annahmestellen für Erpressgüter innerhalb der Stadt, ging uns von der Generaldirektion unter dem 11. November folgender Bescheid zu: An den Deutschen Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Stuttgart.

Die Errichtung der Erpressgutannahmestellen (Filialen) in der hiesigen Stadt ist auch von anderer Seite schon beantragt worden. Die Generaldirektion hat diesen Gesuchen nicht zu entsprechen vermocht und muß auch heute an ihrem ablehnenden Standpunkt festhalten.

Bei der günstigen Lage des Hauptbahnhofes Stuttgart inmitten der Stadt erscheint die Einrichtung solcher Stellen keineswegs geboten.

Die von Ihnen gewünschte Maßnahme würde den Transport des Erpressgutes schon deshalb ganz wesentlich verlangsamen, weil die Ueberfuhr der Güter von den Annahmestellen zu den Bahnhöfen nur in größeren Zeitabständen erfolgen könnte. Die für die Eisenbahnverwaltung sehr kostspielige Einrichtung hätte also für die Interessenten Nachteile im Gefolge, die zu beschwerden Anlaß geben müßten. Daß die Annahmestellen zu gewissen Stunden ganz außerordentlich stark in Anspruch genommen sind, wird von der Eisenbahnverwaltung beklagt. Es hat sich aber eine Abhilfe hiegegen bisher nicht treffen lassen. Dagegen wird die Frage, in welcher Weise die Einrichtungen für die Erpressgutannahme am Hauptbahnhof verbessert werden können, zurzeit aufs neue geprüft.

Stieler.

An diesem Bescheid interessiert uns zweierlei. Erstens ist es wichtig, daß die Generaldirektion selber zugibt, daß die Erpressgutannahmestellen außerordentlich überlastet sind. Zweitens, daß uns in Aussicht gestellt wird, daß Vorkehrungen getroffen werden, die eine raschere Auslieferung ermöglichen, als es seither der Fall war. Wir wünschen nur, daß die versprochenen Vorkehrungen noch vor dem allgemeinen Weihnachtseinkauf getroffen werden. So ganz unjenseitig war also unser Vorgehen nicht. Mögen die Stuttgarter Handelshilfsarbeiter die notwendige Nutzenanwendung daraus ziehen.

Ulm a./D. In der hiesigen Filiale der Singer Comp. Nähmaschinen-Aktien-Gesellschaft herrscht das Demunziantentum im größten Maße. Bei dieser Firma arbeitet ein Mechaniker, Engelhardt mit Namen, welcher nicht nur seine jüngeren Kollegen drückt und den Herrn ihnen gegenüber spielen will, sondern er trägt alles, was er erfährt, dem Geschäftsführer zu. Lange wußten wir nicht, wer der Demunziant war, bis es jetzt aus Tageslicht gekommen ist. Die Einfassierer hat er besonders auf dem Strich. Unlängst traf er mit zwei Einfassierern bei einem Schuhmacher auf dem Lande, welchem er Maschinenunterricht zu geben hatte, zusammen. Hier wollte er wieder sofort den Herrn hervorlocken und denselben Belehrungen geben, wie sie sich zu verhalten hätten. Die beiden ließen ihn aber einfach schwagen. Am andern Tage hatte dieser Herr nichts Gütigeres zu tun, als sofort dem Geschäftsführer alles anzugeben, was er von den beiden Einfassierern gehört und gesehen hatte, z. B., daß sie sich auf das Kanapee gesetzt, Zigarren geraucht und auf den Boden gespuckt hätten. Wohlbermerkt bei einem Schuhmacher, mit dem die Einfassierer schon 3 Jahre befreundet sind. Ueber diese Kleinigkeiten wußte dieser Herr den Geschäftsführer zu unterhalten. Es ist doch traurig, daß ein Geschäftsführer solchem Schwachsinn sein Ohr leiht und sich noch aus-

drückt, es freue ihn, daß ihm dieses hinterbracht worden sei.

Wenn man aber meint, der Herr Mechaniker sei ein tüchtiger Arbeiter, der sein Geschäft versteht, so täuscht man sich gewaltig. Seine Reparaturen bestehen im Auswechseln alter und Einsetzen neuer Teile. Wenn dann die Sache noch nicht klappt, so ist seine Kunst zu Ende. Das könnte ein jeder Reisender dieser Branche machen, da braucht man kein gelernter Mechaniker zu sein. Je weniger er leistete, desto länger ist dann sein Vortrag. Und das gefällt unsern Geschäftsführer gerade. Er will unerschmeichelt sein und wenn es auch gerade das Gegenteil der Wahrheit ist, das er erfährt. Besonders kennzeichnend gegenüber Engelhardt ist, daß das ganze Personal der Filiale ihn als einen Menschen ansieht, vor dem man sich in Acht nehmen muß. Nun, er wird seinen Lohn auch noch empfangen, es war noch immer so.

Transportarbeiter.

Berlin. Soeben ist auch der Geschäftsbericht der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft erschienen und siehe da, welche ein ungeheurer Goldstrom hat sich auch in diesem Jahre wieder in die Taschen der Geschäftsführung und die der Aktionäre ergossen.

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält ganz interessante Angaben — aber die interessantesten fehlen. Vor allem die über Löhne, Gehälter zc. Auch in Punkto ihrer Finanzpolitik läßt die Gesellschaft in mancher Beziehung dunkles Dunkel herrschen. Das jedoch hebt die Verwaltung ausdrücklich hervor: Bei Festlegung der Dividenden blieben die Gewinne aus Effektenverkäufen unberücksichtigt. Für die Ausschüttungen werden stets nur die Ueberschüsse aus dem Warenumsatz herangezogen! — Demnach wirft die Elektrizitätsindustrie hohe Gewinne ab. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, die im Laufe der letzten neun Jahre ihr Aktienkapital von 60 auf 100 Millionen erhöhte, brachte in diesen Jahren folgende Dividenden heraus: 12, 8, 8, 9, 10, 11, 12, 12 und 13 Prozent. Also im letzten Preisjahre die höchste Dividende! Die Gesamtsumme der Debitoren ist von rund 101 Millionen Mark auf rund 119 Millionen Mark, die der Kreditoren von 23 869 585 M. auf 27 629 383 M. gestiegen.

Der in einer Summe angewiesene Brutto-Geschäftsgewinn des Berichtsjahres beziffert sich auf 19 003 272 M. (i. V. 17 835 744 M.). Davon gehen ab: Für Handlungsunkosten 509 871 M. (i. V. 467 524 M.), für Zinsen 1 640 261 M. (i. V. 1 283 987 M.) und für Abschreibungen 468 569 M. (i. V. 418 198 M.). Einschließlich 331 212 M. (i. V. 268 175 M.) Vortrag ergibt sich hiernach ein Reingewinn von 16 384 572 M. (i. V. 15 931 212 M.) zu folgender Verwendungsart: 13 Prozent Dividende — 13 000 000 M. (i. V. 12 Prozent — 12 000 000 M.), Lantien des Aufsichtsrates einschließlich Steuern 450 000 M. (i. V. 400 000 M.), Zuweisung an das Rückstellungskonto 1 267 255 M. (i. V. 1 000 000 M.), Gratifikationen an Beamte und Ueberweisung an Wohlfahrts-Einrichtungen 650 000 M. (i. V. 600 000 M.), Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds 650 000 M. (i. V. Pensionszwecken 1 600 000 M.) und Vortrag auf neue Rechnung 367 316 M. (i. V. 331 312 M.).

Da die Zahl der in den Betrieben der Gesellschaft beschäftigten Personen von 32 055 im Vorjahre auf 33 056 gestiegen ist, ergeben sich folgende Vergleichszahlen. Es betrug pro Kopf der beschäftigten Personen:

	1907/08	1908/09
das Aktienkapital . . .	3119	3025
der Bruttogewinn . . .	556,4	575,—
der Reingewinn . . .	497,—	496,—
die Dividende . . .	374,3	393,—

Die Summe der Abschreibungen, Lantienem zc. zuzüglich Gratifikationen und Rückstellungen macht pro Kopf auch noch zirka 80 M. aus. Ob sich die Löhne ebenso günstig entwickelt haben als die Dividende, davon verrät der Geschäftsbericht nichts. Für das neue Jahr stellt die Verwaltung noch günstigere Ergebnisse in Aussicht.

Berauschend wirken die Zahlen; 450 000 M. hat der Aufsichtsrat für seine schwere Mühewaltung als Entschädigung erhalten. Sie alle, Aktionäre wie Aufsichtsratsmitglieder, werden sich vergnügt die Hände reiben, für sie ist das verfloffene Geschäftsjahr erträgnisreich gewesen. Nun möge der Winter kommen, für sie hat die Krise nicht nachteilig gewirkt, sie haben keinen Grund, trübe in die Zukunft zu schauen.

Und da kann man mit Recht die Frage aufwerfen: Wie ist die Stimmung unter den Arbeitern? Sollte die Generaldirektion auch nur ein wenig versuchen, die gegenwärtige Stimmung unter den Arbeitern zu ergründen, so würde sie recht bald die Wahrnehmung machen, daß diese keineswegs eine für sie günstige ist. Außerordentlich tiefgehend ist der Groll der Arbeiter gegen die Direktion. Die ständigen Lohnkürzungen und Affordreduzierungen, die gerade im letzten Jahre mit außerordentlicher Schärfe durchgeführt wurden, haben unter den Arbeitern eine Erregung erzeugt, die früher oder später zur gewaltigen Explosion führen muß. Die Vorboten der allgemeinen Unzufriedenheit haben bereits in einzelnen Abteilungsstreiks bemerkbar gemacht. Auch unter unseren Kollegen Bäckern, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeitern ist die Unzufriedenheit eine allgemeine. Schlecht, ja sehr schlecht sind die Löhne, die die A. E. G. an diese Berufskollegen zahlt. Gerade die A. E. G. ist eine von den Firmen, die in Berlin unter den Metallindustriellen die rückständigsten Löhne zahlt und bei der die Arbeitszeit am ungerechtesten ist. In betriebe allen Firmen erfolgt die Einstellung der vorhin benannten Arbeiterkategorie mit 40 bis 45 Pfg. Stundenlohn, aber die in der A. E. G. An-

fangenden erhalten nur 35-36 Pfg. Die Lohnzulagen sind außerordentlich spärlich und gelangen unsere Kollegen erst nach 8 bis 10jährigen Beschäftigungsdauer in den Besitz des Höchstlohnes, welcher bei einem Teil 54 Pfg. pro Stunde nicht übersteigt. Schon aus dem System der Lohnzulagen geht hervor, daß ein erheblicher Teil von Arbeitern lange Jahre hindurch in dem großen U. G. G. Unternehmen zu wahren Hungerlöhnen beschäftigt werden.

Und wie oft haben wir festgestellt können, daß uns Arbeiter aus der U. G. G. erklären, mit ihrem Verdienst nicht auskommen zu können und gezwungen sind, mit ihrer Familie die halbe Woche buchstäblich hungern zu müssen. Auch sind sie bei dem Verdienst nicht in der Lage, sich als Menschen anständig kleiden zu können, sondern gehen in Lumpen gehüllt.

Wollen sie ihren Tagesverdienst erhöhen, so sind sie zu unsinniger Nebenstundenarbeit verurteilt; dieses System wird von der Direktion nach allen Regeln der Kunst gefördert und es kommt nicht selten vor, daß in der U. G. G. Arbeitszeiten von 84, 96 und 110 bis 115 Stunden pro Woche gemacht werden.

Unsinnig ist eine solche Ausbeutung, die zur Folge hat, daß der Arbeiter bei derartig langer Arbeitszeit recht schnell verbraucht ist und sich in seiner Gesundheit sehr bald ruinirt sieht.

Sinzu kommt ferner eine Methode, die in letzter Zeit viel angewandt worden ist, daß wenn ein Arbeiter krank wird, so erhält er hinterher seine Entlassung ins Haus geschickt. Fälle dieser Art kommen fast täglich vor.

Also an diesen kurzen Beispielen ist leicht zu erkennen, woher es kommt, daß die U. G. G. auch jetzt wieder in der Lage war, einen so hohen Millionenüberschuß herauszuwirtschaften. Es geht ihr eben jedes soziale Verständnis für die Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Arbeiter ab. Diese betrachten sie nur als Ausbeutungssubjekte. Sie hat eben nur höheren Sinn für größere Reingewinne und fette Dividende an die Aktionäre. Alles andere ist ihr Nebenache und der Arbeiter hat in ihren Augen nur die Bedeutung einer Zahl, der als Mensch zu leben Anspruch nicht erheben darf!

Kollegen! Wie lange noch wollt ihr euch diese Behandlung gefallen lassen?

Eisenhof. In Anbetracht der durch die Steigerung der Mieten, sowie Verteuerung der Lebensmittelpreise bedingten schlechteren Lebensführung beschloßen die hiesigen Petroleumfahrer bei ihren Firmen um eine Lohnerhöhung vorstellig zu werden. In Betracht kamen die Firmen Spindler, Hohestr. sowie die Deutsch-Amerikanische Tankwagen-Gesellschaft. Sie erreichten, daß die Firma Spindler ihren Kutschern pro Woche 2 Mk. Zulage bewilligte, so daß die bei Wachsmuth und Spindler beschäftigten Kutscher heute auf einem Gesamtlohn von 30 Mk. stehen. Die Deutsch-Amerikanische Tankwagen-Gesellschaft bewilligte 1 Mk. Zulage. Bei dieser Gelegenheit sei insbesondere an die Kutscher der Petroleum-Firma P. Jandorf-Eisenhof erinnert. Sämtliche Kutscher sind unmorganisiert und trotz mehrfacher Aufforderung auch nicht zu bewegen, sich der Organisation anzuschließen, trotzdem gerade bei Jandorf keine Seide gesponnen wird. Bekanntlich fahren sämtliche Petroleumfahrer auf Peugeot und haben demgemäß für alle Ausstände zu haften. Diese Ausstände scheinen bei den Kutschern der Firma Jandorf, die hauptsächlich Landgebiet-Kundschaft hat, sehr groß zu sein, so daß die Kutscher sehr oft wechsell. Außerdem müssen die Kutscher morgens häufig schon um 3 bzw. 4 Uhr wegfahren und kommen häufig um 9 bzw. 10 Uhr erst nach Hause. Also gerade diese Kutscher hätten alle Ursache, sich an die Organisation anzuschließen, statt abseits zu stehen und ihren Kollegen den Kampf ums Dasein schwer zu machen. Wir ersuchen die Konsumenten, sich von den Kutschern die Kontrollkarte zeigen zu lassen. Nur wer von organisierten Kutschern kauft, weiß, daß er damit seine Organisation unterstützt.

Heidelberg. Der Kampf gegen zwei Fronten. In einem Leitartikel der „Südwestdeutschen Arbeitgeber-Zeitung“ für das Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe jammert das Blatt daß es den Kampf nach zwei Fronten führen müsse. Einmal gegen die Sozialdemokratie und die roten Gewerkschaften, insbesondere gegen den „Deutschen Transportarbeiter-Verband“ und dann gegen die Professoren und höheren Beamten. Mit dem ersteren meint das Blatt schon fertig zu werden, aber die Parteigänger der Sozialdemokratie dürften sich nicht wundern, wenn auch gegen sie einmal ein kräftiges Wort aus ihrem Lager erschalle. Das Blatt schreibt in Nr. 25: „Die Ursache der zarten Fürsorge (?) für die sozialdemokratische Arbeiterschaft seitens mancher Beamter liegt offen zutage. Man glaubt, wenn man sich ein „soziales“ Mantelchen umhängt, nach oben hin bekannt zu werden als Staatsreiter gegen die gefährliche Sozialdemokratie und dadurch ein schnelleres Advancement zu erzielen. Mehnlich ist auch mit den Professoren, welche, wenn sie durch eine Broschüre oder gar ein großes Wort ein neues Hilfsmittel gegen die Sozialdemokratie gegeben zu haben glauben und vor allem, wenn sie ihr gutes, edles Herz für die angeblich (1) Unterdrückten und Schwachen recht grell aus Tageslicht stellen, Aussicht haben, berührt zu werden, auch wenn sie von dem, was sie geschrieben haben, gar nichts verstehen.“ Wuns! Der Herr Herrmann, Wolf, Heit und Delliehausen blieb es vorbehalten, zu beweisen, daß Professoren und höhere Beamte nichts von dem verstehen, was sie schreiben. In Baden wollte ein Minister eine obligatorische Arbeitslosenversicherung einführen, obschon doch in einzelnen Städten bereits trübe Erfahrungen mit solchen hypersozialen Einrichtungen gemacht worden seien. Herr Wolf vergißt aber anzugeben, wo — und wie — schlechte Erfahrungen gemacht worden sind. Die Arbeitslosenversicherung paßt eben den

Scharfmachern nicht, deshalb wird darauf los geschimpft, was das Zeug hält. Die Unversität Heidelberg sei der Hauptkern des sozialen Professorenstums und der Hauptmann dieser Kategorie sei der nach Berlin verzogene Professor Dr. Dehmann gewesen. Weiter seien es die Herren Professoren Dr. Robert Schachner, Fr. Niebergall und Dr. Alfred Weber. Professor Schachner habe es nicht genügt, daß die Arbeiter nur einen achttündigen Arbeitstag erstreben, sondern er plädierte für einen sechsstündigen Arbeitstag, damit „die Seele des Fabrikarbeiters nicht den Hungertod sterbe“ und der Arbeiter mehr Zeit habe, „an den idealen Gütern des Lebens und der Nation teilzunehmen“. Welches Verbrechen in den Augen profitgieriger Unternehmer, denen freilich eine 17stündige Arbeitszeit noch nicht lange genug ist, um arme Arbeiter auszumergeln und auszubeuten.

Noch mehr wundert aber die Herren Scharfmacher ein Aufsatz des Herrn Professor Niebergall, „Psychologie des Fabrikarbeiters“ in der Monatschrift „Kord und Süd“ vom Juni d. J. Diesem Aufsatz sind folgende Stellen wörtlich entnommen:

„So wie die Leute eben vom Lande kommen, sind sie meistens nur für ungelernete Arbeit zu gebrauchen. Ich weiß von einem Fabrikanten, dem nicht nur im Born die Worte entfahren sind: daß viele seiner Arbeiter nur darum keine Sozialdemokraten sind, weil sie dafür zu dumme waren; wenn sie nur solche wären, dann würden sie auch gescheiter und für die Arbeit besser zu gebrauchen sein.“

Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie aus beruflichem Munde. Und in der Tat, das kann man wohl sagen: sie kommt nur dahin, wo einigermaßen höhere Interessen sind und wo sie herrscht, da wecht sie höhere Interessen. Sie gilt jetzt schon in weiteren Kreisen als die große Weckerin des geistigen Lebens der Leute; was die Volksschule, was aber alle bürgerlichen Veranstaltungen nicht fertig gebracht haben — wer hat sich übrigens in solchen Kreisen außer in Maßzeiten um das geringe Volk bekümmert? das rächt sich jetzt bitter — das hat die Sozialdemokratie fest in die Hand genommen.

Zunächst bezweifelt das Blatt die Nichtigkeit obiger Ausführungen und wünscht den Namen des Fabrikanten zu wissen. Professor Niebergall befindet sich auf dem Frrwege, wenn er glaube, mit solchen Umschweifungen auf die Sozialdemokratie Einfluß zu gewinnen. Wärend ist das Blatt über die Ausführungen von Professor Dr. Weber, weil er auf der Generalversammlung des Deutschen Vereins für Sozialpolitik in Wien u. a. sagte: „Man müßte jede agitatorische Aufreizung der Massen billigen, auch wenn die Form nicht gefalle, denn das sei das einzige Gegengewicht gegen die Gefahr der Verdrümmung und Vergiftung von anderer Seite. Streiks seien notwendig, weil sie kulturell notwendig sind. Auch Ungeheuer und Beamtene sollen streiken dürfen, weil auch dieses für die Kultur notwendig sei.“

Daß solche Ausführungen vor den Oberscharmachern keine Gnade finden, wundert uns nicht. Zum Schluß seiner langen Jeremiasrede fordert Herr Wolff die Arbeitgeber auf, wie ein Mann gegen diese falschen Propheten den Kampf aufzunehmen und hofft damit, daß solche Reden und Scharfsinn ein Ende nehmen.

Hoffen und Harren, macht manchen zum Narren! Herr Wolff mag heulen und jammern, so viel er will, er wird nicht instande sein, damit den Kampf gegen das profitgierige Unternehmertum aufzuhalten.

Köln. (Sektion der Fuhrleute.) Am 7. Novbr. fand unsere Sektionsversammlung statt. Nach der Verlesung des Protokolls, welches von der Versammlung gutgeheißen wurde, hielt der Geschäftsführer einen Vortrag über Arbeiterwohnungen. Aus demselben sei folgendes hervorgehoben: Eines der wichtigsten Kapitel im menschlichen Leben sei die Wohnung für den Menschen. Fast drei Fünftel seines Lebens bringe er in seiner Wohnung zu. Den größten Einfluß übe sie auf die Gesundheit des Menschen aus und besonders die Arbeiterklasse müsse mit Rücksicht auf ihre Verhältnisse ein ganz besonderes Interesse ihrer Wohnung entgegenbringen. Während die besitzende Klasse sich eine geräumige Wohnung mit allen Bequemlichkeiten erlauben könne, müsse sich der Arbeiter mit einer kleinen, dumpfen, ungelunden, meistens eiter Speicherwohnung begnügen. Unter dem chronischen Wohnungselend hätten Tausende zu leiden. Das größte Interesse müsse der Arbeiter vor allen Dingen auf seine Wohnung legen, aber die himmelstreichend schlechten Löhne ließen ihn davon ab, eine halbwegs anständige Wohnung zu mieten. Gerade die Arbeiterwohnungen gäben in recht vielen Fällen die Herde für etwa ausbrechende Epidemien ab. Prozentual berechnet, bezahle der Arbeiter an Miete mehr wie der Reichs. 1/3 bis 1/4 des Lohnes müsse der Arbeiter an Miete bezahlen, während diese Ausgaben bei den Reichen manchmal nur den 50sten oder 100sten Teil ihres Einkommens betragen. Nebner ging dann auf eine Polizei-Berordnung vom 25. September 1899 betreffs Verhütung der Ueberfüllung von Wohnungen ein. Die Verordnung verlange, daß gesonderte Schlafkammern für Kinder unter 14 Jahren vorhanden sein sollen. Die Wohnung gelte als überfüllt, wenn in einem 4 Meter breiten, 4 Meter langen und 3,20 Meter hohen Raume mehr als 8 Personen wohnen. Das wäre pro Person 5,25 qm Luftraum. Tüchtige Hygieniker verlangten pro Person mindestens einen Luftraum von 20 qm. An einer Reihe von Beispielen aus der Erfahrung zeigte der Referent, wie traurig viele Arbeiterwohnungen ausfielen und wie Abhilfe geschaffen werden könne. Um den Unterschied in den Ausgaben für Wohnungen zu zeigen, ging er auf die vom Reichsstatistischen Amt für das Jahr 1907 herausgegebene Statistik ein, wo der Unterschied betreffs der Wohnungen sofort in die Augen spränge. Zum Schluß betonte der Redner, daß an diesen trau-

rigen Verhältnissen die Arbeiterklasse einem recht großen Teil Schuld trage, weil sie es nicht für nötig befände, die politische und gewerkschaftliche Organisation genügend zu stärken, damit unsere Vertreter in Staat und Stadt ihren entsprechenden Einfluss ausüben könnten. Sache eines jeden Arbeiters sei es, alles aufzubieten, unsere Macht so zu stärken, damit auf dem Gebiet des Wohnungswezens menschenwürdige Zustände geschaffen werden könnten. Die Diskussion auf welcher sich verschiedene Kollegen beteiligten, bewegte sich im Sinne des Referates. Dann wurden noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt, wobei der Vorstehende zu einer kräftigen Agitation für unsere am 28. November stattfindende öffentliche Versammlung aufforderte. Hierauf Schluß der Versammlung.

Bad Tölz. Schon wiederholt hatten wir den Versuch gemacht, in diesem schönen Kurort Südbayerns die Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Es schien ja im Anfang, als ob die dortigen Kollegen den Verband nicht bräuchten, so gleichgültig waren sie gegen unsere Agitation. Aber wie sind die Verhältnisse, unter denen unsere Kollegen arbeiten müssen? Bei Kutschern und Fuhrleuten beträgt der Lohn mit Kost und Logis 4-8 Mk. pro Woche. Wie die Kost und das Logis beschaffen sind, das haben wir schon des öfteren dargelegt. Jedenfalls so, daß unsere großstädtischen Kollegen sich keinen Begriff davon machen können. Kochen verstehen die Frauen unserer Bauern und Arbeitgeber schon ausgezeichnet, aber nicht für die „Knechte“. Daß die Kollegen mit einer 14-18stündigen Arbeitszeit nicht zu kurz wegkommen, versteht sich am Rande. Diese Kollegen sind durch solche Verhältnisse denn auch schon so abgestumpft, daß sie sich zu einem Nachdenken über ihre Lage gar nicht mehr aufraffen mögen. Etwas besser in dieser Hinsicht ist es mit den gewerblichen Hilfsarbeitern. Diese haben wenigstens das Denken noch nicht ganz verlernt und schlossen sich nach und nach dem Verbands an. Auch diese Kollegen haben so schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bei 10stündiger und längerer Arbeitszeit haben sie bei ungesunder Arbeit einen Lohn von 2,60-2,70 Mk. pro Tag. Ein horrendes Lohn bei den teuren Lebensverhältnissen eines Baderortes.

Die Kollegen haben aber, wie schon oben dargelegt, den Wert der Organisation erkannt. Dadurch ist es möglich gewesen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen bedeutend zu verbessern und zwar um 1,80-4,80 Mk. pro Woche.

In einer Versammlung am Freitag, den 5. November sprach der Gauleiter nochmals über den Wert und Nutzen des Verbandes. Der Redner führte den anwesenden Kollegen ihre schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Augen und erläuterte ihnen an der Hand von Beispielen die Vorteile, die der Verband seinen Mitgliedern bietet. Der reiche Beifall bewies, wie sehr die Kollegen mit dem Referenten einverstanden waren. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag gestellt, eine eigene Verwaltungsstelle des Verbandes zu gründen. Einstimmig wurde darauf der Antrag angenommen. Die sofort vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Morfart, 2. Vorsitzender Grassl, Kassierer Baumann, Schriftführer Weiland, Revisoren Lachner und Fischer. Der Gauleiter hielt noch eine kurze kernige Ansprache und ermahnte besonders den neugewählten Vorstand, nun auch alle Kräfte einzusetzen, um durch unermüdete, ausdauernde Agitation die noch fernstehenden Berufscollegen zur Organisation heranzuziehen. Mit dem Verprechen der Kollegen, die jetzt vorhandene Zahl von 24 Mitgliedern durch eifriges Arbeiten in nächster Zeit vielleicht schon zu verdoppeln, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen. Originell war das Versammlungskolal, in dem die neue Verwaltungsstelle gegründet wurde. Da wegen der in Südbayern berühmten Leonhardsfahrt kein anderes Zimmer zu bekommen war, mußte die Versammlung in — der Küche abgehalten werden. Man muß allerdings eine solche oberbayerische Bauernküche gesehen haben, um das begreifen zu können. War doch die Versammlung von ca. 25 Mann besucht, die ganz bequem beieinander gesessen haben. Zwischen brodelnden Töpfen und dunstendem Braten erblickte unsere Zahlstelle das Licht der Welt. Gewiß werden nicht viele Zahlsteller unseres Verbandes in dieser angenehmen Lage gewesen sein. Möge es eine gute Vorbedeutung für das Blühen und Gedeihen der jungen Verwaltungsstelle sein, damit sie instande ist, allen Kollegen ein solch warmes Nest zu verschaffen, als die Gründungsversammlung an diesem Abend hatte. Den Kollegen aber rufen wir ein herzliches Willkommen im Verbands an, mögen sie gute Kameraden und Mitkämpfer für unsere große Sache werden.

Waldenburg. Einer, der es versteht, in der freundlichsten Weise seine Arbeiter bis auf äußerste auszunutzen, ist der Ziegeleibesitzer Schott, Salzbrunn. Derselbe ist noch von den Tottentotenwahlen 1907 her bekannt, wo er vom Bund der Landwirte als Reichstagskandidat präsentiert wurde. Dieser Herr, welcher seine Kutscher vom frühesten Morgen bis zum spätesten Abend arbeiten läßt, zahlt ihnen dafür den horrenden Lohn von sage und schreibe 14 Mk. Auch weibliche Personen werden von diesem angehenden Volksvertreter für 90 Pfg. pro Arbeitstag beschäftigt. Daß bei den heutigen Lernerungsverhältnissen ein Arbeiter mit 14 Mk. Wochenlohn nicht instande ist, eine Familie ernähren zu können, scheint diesem Musterarbeitgeber gleich zu sein. Erst vor kurzem starb einer seiner Kutscher, unser Kollege Masche, der im blühenden Alter von 38 Jahren an der Proletarierkrankheit, die gewöhnlich nur eine Folge der Unterernährung ist, verstarb. Wann werden unsere Kollegen in unserer Gegend begreifen, daß sie sich selbst besseren Lohn und Arbeitsverhältnisse erkämpfen müssen. Kollegen! Wollt ihr, daß hier menschen-

würdige Zustände geschaffen werden, dann müßt ihr eintreten in den deutschen Transportarbeiter-Verband. Nur in der organisierten Einigkeit liegt unsere Macht, mit der wir bessere Zustände erringen können.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Am 14. November fand eine Versammlung der Kollegen aus den Chemikalien-, Farben-, Seifen-, Parfümerie-, Apotheken- und pharmazeutischen Betrieben statt, in welcher ein Kollege über: "Der Zusammenschluß in unserer Branche, und wie betreiben wir am besten unsere fernere Agitation?" sprach. Der Redner führte in großen Zügen den anwesenden Kollegen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses vor Augen. Es bestand früher ein Verbot, sich zu organisieren; erst im Jahre 1868 setzte die Organisation ein, von da an entwickelte sie sich nach und nach in gewerkschaftliche Verbände. Als das Sozialistengesetz in Kraft trat, war es den Vereinen verboten, in Versammlungen Politik zu treiben, politische Angelegenheiten durften nicht erörtert werden. Im Jahre 1886 wurde der Unterstützungsbund aus Mitgliedern des Vereins Berliner Hausdienter gegründet, von da an ging es mit unserer Organisation schrittweise vorwärts; es konnten aber nur lokale Verhältnisse besprochen werden. Anfang der neunziger Jahre, als das Sozialistengesetz fiel, konnten wir uns freier entfalten; wir waren stets bestrebt, die große Masse der Kollegen zu uns heranzuziehen und die Agitation von Mund zu Mund zu betreiben. Im Jahre 1897 gingen wir zur Zentralorganisation über; wir haben seitdem größere Fortschritte gemacht. Wir können uns jetzt freier bewegen. Eine weitere Entwicklung ist durch die Zentralisation gekommen, alle in Handel und Gewerbe Beschäftigten gehören zu uns. Unser Verband ist von den Unternehmern gefürchtet, das beweist zur Genüge, daß diejenigen, die an der Spitze stehen, voll und ganz ihre Pflicht tun. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen im Sinne des Referats. Ferner wurde Klage darüber geführt, daß der "Courier" wenig oder gar nichts aus der Chemikalienbranche, wo doch ein sehr großer Teil der Arbeiter für uns in Frage komme, bringe. Vom Referenten sowohl wie auch von einem anderen Kollegen wurde dem Redner bedeutet, daß es dem Redakteur wohl sehr erwünscht wäre, wenn ihm von Seiten der Kollegen diesbezügliches Material zugeteilt werden würde. Außerdem wurde der Wunsch geäußert, für alle weiblichen Mitglieder in der Branche die "Gleichheit" zu liefern, weil der "Courier" für die weiblichen Mitglieder wenig Interessantes bringe. Der anwesende Bezirksleiter teilte mit, daß sich die Verwaltung mit dieser Angelegenheit beschäftigt und den Kollegen eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen werde.

Ein anderer Kollege wünscht, daß im Mitteilungsblatt die Ankündigung der Versammlungen dergestalt erfolge, daß dieselben nicht unter der Bezeichnung "Sektion 1" oder "Sektion 2" etc., sondern einfach unter der allgemeinen Bezeichnung "Bezirk Groß-Berlin", weil dadurch vermieden werden kann, daß einige Kollegen der einen oder anderen Sektion der Annahme fern können, weil dieselbe unter der anderen Bezeichnung veröffentlicht ist, gehe es sie nichts an.

In die Branchenleitung wurden folgende Kollegen gewählt: Mühlhahn, Branchenleiter, Glöckle, Stellvertreter, Wilhelm Pribe, Paul Pribe, Schallerberger Beisitzer. Nach anfeuernden Worten des Branchenleiters, die Agitation nunmehr mit aller Kraft zu entfalten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Breslau. Die Ortsverwaltung hielt am 10. November ihre Generalversammlung für das 3. Quartal ab. Nachdem das Andenken der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise gelehrt, gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht vom 3. Quartal. Aus diesem ist ersichtlich, daß im verlaufenen Quartal gute Fortschritte gemacht worden sind. Die Beitragsleistungen sind bedeutend besser geworden, desgleichen haben die Berufs-Kollegen in allen Sektionen die Notwendigkeit der Organisation erkannt, so daß eine Mitgliederzunahme von 309 zu verzeichnen ist. Die Drohschuldscheine sind zu 60 bis 65 pCt. organisiert, und wird es Aufgabe der Sektionsleitung sein, die noch fernstehenden heranzuziehen.

Redner bedauerte, daß die Agitation immer nur von denselben Kollegen betrieben wird. Es sollte ein jeder Kollege das Pflichtgefühl in sich tragen, daß er als organisierter Arbeiter auch verpflichtet ist, mitzuarbeiten für die Organisation.

Lohnbewegungen wurden ohne ArbeitsEinstellung 7 geführt in 30 Betrieben mit 319 Beteiligten, bei welchen den Kollegen und Kolleginnen wiederum bedeutende Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen durch Abschluß von Tarifen geschaffen worden sind.

Versammlungen fanden statt: öffentliche 24, Mitglieder 31, Sitzungen und Besprechungen 69. Redner schloß seinen Bericht mit einem Appell an die Kollegen, mit besten Kräften an dem Aufbau der Organisation mitzuarbeiten, damit diese in die Lage versetzt wird, noch tatkräftiger für ihre Angehörigen wirken zu können.

Der Kassenbericht ergab eine Gesamteinnahme von 16 698,76 Mk. inkl. 4347,34 Mk. Kassenbestand vom 2. Quartal 1909. Demgegenüber stellte sich eine Ausgabe von 12 221,53 Mk., davon wurden 7942,45 Mk. an die Hauptkasse gesandt. An Unterstützungen leistete die Hauptkasse insgesamt 2957,90 Mk. Es blieb somit ein Kassenbestand für das 3. Quartal 1909 von 4477,23 Mk. Ein Mehr von 129,89 Mk.

Hierauf berichteten die Revisoren, daß Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung vorgefunden

wurden und wurde auf deren Antrag der gesamten Ortsverwaltung nach erfolgter Diskussion die Entlastung erteilt.

Der Bericht über den Arbeitsnachweis ergab, daß sich 145 Mitglieder arbeitslos meldeben. Stellen wurden gemeldet für fest 106, zur Ausschilfe 51. Besetzt wurden für fest 78, zur Ausschilfe 51. Bei den besetzten Stellen betrug der Gesamtdurchschnittslohn pro Woche 18,70 Mk., die Durchschnittsarbeitszeit pro Tag 10,7 Stunden. Mit dem Wunsche, daß jeder Kollege bestrebt sein soll, die ihm bekannt werdende Stelle im Bureau bald zu melden, damit die arbeitslosen Kollegen recht schnell wieder untergebracht werden können, schloß Kollege Bielwald seinen Bericht.

In der hierauf folgenden Diskussion waren die Redner mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung im allgemeinen einverstanden, nur wurde bemerkt, daß der Arbeitsnachweis nach Annahme einzelner nicht so geführt werde, wie es notwendig wäre.

Diese Angelegenheit wurde aber von maßgebender Seite richtig gestellt, so daß die Versammlungen auch damit zufrieden waren. Dem folgenden berichtete Kollege Nibel in kurzen Zügen von dem neuen Beschluß des Gewerkschaftsstarkeis betreffend die Unterstützung des Gewerkschaftshauses. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern das Für und Wider angeführt. Die Beschlußfassung über den Antrag: An das Gewerkschaftshaus pro Mitglied und Quartal (männlich 10 Pf., weiblich 5 Pf.) festen Beitrag zu zahlen, ergab die Ablehnung des Antrages mit großer Majorität. Zum Schluß gab noch der Vorsitzende bekannt, daß die Wahlperiode der Gewerbegerichtsbeisitzer am 31. März 1910 abläuft. Es ist deshalb notwendig, daß sich jeder wahlberechtigte Kollege in die Wählerliste eintragen läßt, um das Stimmrecht nicht zu verlieren. Die Eintragung muß erfolgen vom 23. November bis 6. Dezember 1909. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Guben. Am 30. Oktober fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, in welcher der stellvertretende Bericht gab. Anschließend hieran erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal.

Weiter müssen wir konstatieren, daß einige Kollegen aus persönlichen Gründen ausgezogen sind. Kollegen, so darf dies nicht weiter gehen, kommt zur Versammlung, bringt Eure Beschwerden dort vor, dann wird auch wieder eine Einigung zu Stande kommen. Denkt an die Vorteile, welche Ihr durch den Verband erzielt habt.

Darum persönliche Sachen beiseite, einig müssen wir den noch fern stehenden Kollegen klar machen, daß wir geschlossen eine Macht bilden, welche allen Stützen trotzt. Mußt ihnen immer wieder zu, hinein in den Transportarbeiter-Verband, tretet ein in unsere Reihen, damit wir geschlossen alle noch herrschenden Mängel beseitigen können.

Unsere Versammlungen finden jeden 1. Montag im Monat (im Schusterkrug) statt. Kollegen, Sorge ein jeder für guten Besuch.

Freising. Am 7. November fand hier eine Versammlung aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Personen statt. Ein Kollege aus München referierte über Zweck und Ziel des deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Der Referent führte den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation und deren Vorteile klar vor Augen. Das Resultat waren einige Resolutionsanträge. Zu bedauern ist nur der schwache Besuch der Versammlung, weil es sehr notwendig wäre, den Kollegen hier am Orte bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Bestehen doch hier Arbeitslöhne von 15, — 16, — 17, — 18 Mk., ja für solche Kollegen, die noch in Kost und Logiswesen sind, sogar Löhne von 4, — 5 — und 6 Mk. wärentlich; auch haben verheiratete Kollegen beim Arbeitgeber noch Kost und Logis. Kurz, man muß sich nur wundern über die Gleichgültigkeit und Bithargie der Kollegen. Ja, es soll sogar in einem Expeditions-geschäft der Brauch bestehen, daß die Kollegen die Trinkgelder ablefern müssen, und der Arbeitgeber ihnen dann von den gesammelten Trinkgeldern den färglichen Lohn ausbezahlt. Das sind himmel-schreiende Zustände. Kollegen! Wenn ihr wirklich diese trasser Verhältnisse abschaffen wollt, wenn ihr wirklich auch menschenwürdige Verhältnisse schaffen wollt, dann gibt es nur ein Mittel, und das heißt: "Eintritt in den deutschen Transportarbeiter-Verband."

Glatz. In einer am 23. 10. abgehaltenen Versammlung referierte ein Kollege aus Breslau über: "Die neuen Steuern und ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft." Laut amtlicher Statistik konnte den Redner nachweisen, daß der Konsum an Hunde- und Pferdefleisch im letzten Steigen begriffen ist. Diese Erschütterung sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Lohnaufbesserungen mit dem Steigen der Lebensmittelpreise nicht Schritt halten. Im weiteren besprach Redner die Steuerfrage ohne Ende und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort. Wollen die Kollegen mit der immer mehr steigenden Lebensmittelpreiserhöhung in ihren Lohnverhältnissen gleichen Schritt halten, so müssen sie die Interessenlosigkeit ablegen, die Gleichgültigkeit aufhören und sich dem deutschen Transportarbeiter-Verband anschließen. Mit dem Hinweis des Vorsitzenden, daß die nächste Versammlung noch besser besucht werden möge als diese, schloß die imposante Versammlung.

Hannover. Am Montag, den 8. November fand im "Ballhofs" eine öffentliche Versammlung statt, die leider nur mäßig besucht war. Ein Kollege aus Elberfeld sprach über: "Die Entwicklung der Arbeit-geberverbände in unserem Berufe." Redner verstand es in seinen Ausführungen, das Entsetzen und den Werdegang der Unternehmerverbände im Transport-gewerbe den Anwesenden in recht verständlicher Weise vor Augen zu führen.

Wie in allen Berufen, so führte der Redner aus, in denen die Arbeiter sich starken Organisationen angeschlossen haben, Arbeitgeberverbände entstanden sind, so hat auch das Entstehen unserer Organisation die Unternehmer gezwungen, sich zu vereinigen. Arbeit-gebervereinigungen zur Verfolgung rein wirtschaftlicher Interessen, haben in unserem Berufe schon seit Jahrzehnten bestanden, die aber über eine lokale Bedeutung nicht hinausragten, und sich hauptsächlich auf Schaffung von Preisconventionen und Interessenvertretung vor den Behörden bezogen. Der Unternehmern genügte diese Art Vereine, so lange unsere Kollegen nicht zum Klassenbewußtsein erwacht und von keiner gewerkschaftlichen Organisation aufgerüttelt, jahraus jahrein in stumpfer Ergebenheit ihre Arbeit verrichteten.

Mit dem Einsetzen der Agitation änderten sich die Verhältnisse, unsere Kollegen begannen aufzuwachen und die Folge hiervon war, daß sie mit ihrem Lose unzufrieden, den Unternehmern Forderungen unterbreiteten. Der unorganisierte Unternehmer war nun fast immer gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Ja selbst die vorhandenen wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer waren nicht in der Lage, dem Ansturm zu widerstehen.

Dies alles hat dann schließlich dazu geführt, daß auch die Unternehmer unseres Berufes anfangen, sich Organisationen zu schaffen, mit deren Hilfe sie "ihre" rebellisch gewordenen "Knechte" niederzuknüppeln dachten.

Eine ganze erhebliche Anzahl von Unternehmer-verbänden, die den zuletzt angeführten Zweck haben sollen, sind in den letzten Jahren gegründet worden. Soweit bekannt, bestehen bis jetzt 13 zentrale Unternehmerverbände in unserem Berufe, es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß daneben noch mehrere im Verborgenen blühen. Da die Unternehmervereinigungen jedoch Geheimorganisation im wahren Sinne des Wortes sind, erfährt man nicht allzu viel über sie. Ja, selbst den Behörden verweigern sie jede Auskunft, namentlich über ihre Einrichtungen.

Außer den zentralen Verbänden gibt es noch etliche Reihe Arbeitgeberverbände, die ihr Tätigkeitsfeld nur auf einen Ort beschränken. Hier kommt vor allem der Arbeitgeberverband des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes in Leipzig, Hamburg und Hannover in Betracht. Ferner gibt es heute in jeder Stadt mit nennenswerten Handel und Verkehr lokale Fachvereine der Fuhrherren, Kohlenhändler usw. In verschiedenen Städten haben sich nun diese Lokalverbände den sogenannten gemischten betrieblichen Arbeitgeberverbänden angeschlossen und sind auf diese Art wieder zentral organisiert, denn die meisten gemischten Arbeitgeberverbände gehören der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin als Mitglieder an. Dem Arbeitgeber genügt aber diese Verbindung noch nicht, sie streben eine allgemeine Zentralisierung an.

Zu diesem Zwecke haben bereits zwischen 4 Zentralverbänden, und zwar zwischen dem Verein deutscher Spektreure, dem Zentralverband deutscher Redner, dem Verband deutscher Lohnfuhrwerksbesitzer und dem Zentralverband der Arbeitgeber für das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe, Verhandlungen behufs Verschmelzung stattgefunden.

Bei der Besprechung der Arbeitgeberverbände kann man von vornherein zwei Organisationen ausschalten, den Zentralverband deutscher Redner und den Arbeitgeberverband für die Binnenschifffahrt und verwandte Gewerbe.

Und zwar, weil wir mit diesen Organisationen noch nicht direkt zu tun haben. Es haben jedoch mit diesen Vereinigungen bereits Verhandlungen, die zur Gründung eines internationalen Arbeitgeberverbandes der Redner geführt haben, stattgefunden. Wir sehen also, daß das Unternehmertum auf dem besten Wege ist, sich international zu vereinigen, um bei etwaigen Lohnkämpfen sich gegenseitig zu unterstützen. Ein der beliebtesten Mittel, um die Arbeiterorganisationsen nicht aufkommen zu lassen, ist die persönliche Maßregelung, die von den Unternehmern sehr gerne angewandt wird.

Sie stehen auf dem Standpunkt, daß bei uns gerade die agitatorisch und rednerisch befähigten Kollegen die Stütze der Organisation sind, sie sind der Ansicht, daß in dem Augenblicke, wo diese Kollegen aus ihren Betrieben entfernt sind, sie wieder Ruhe haben. Nun haben aber die Maßregelungen in fast allen Fällen das Gegenteil bezweckt.

Um diesen Kampf nun erfolgreicher zu gestalten, gehen die Unternehmer und errichten Arbeitsnachweise, mit denen sie glauben, die Organisationen vernichten zu können. Die Einführung etwaiger unparteiischer Nachweise ist eine der Hauptaufgaben der Arbeitgeberverbände, die diese Nachweise dann zu richtigen Maßregelungsbureaus ausbauen. Wir können demgegenüber uns am besten wehren, wenn wir auch überall derartige Nachweise einrichten. Diese können jedoch nur ihren Zweck erfüllen, wenn unsere Kollegen jede freie Stelle uns so rechtzeitig melden, daß wir auch jemanden dort hinschicken können. Deshalb muß für die Nachweise fortgesetzt Propaganda gemacht werden.

Diese Arbeiternachweise in Verbindung mit den schwarzen Listen und Einführung der Personalkarten sind als geradezu gemeingefährlich zu bezeichnen.

Wenn die Unternehmer jedoch meinen, damit die Organisation vernichten zu können, so irren sie sich ganz gewaltig.

Sie können wohl den einzelnen Kollegen treffen, ihn von Ort zu Ort hegen, aber der Entwicklungsgang der Organisation ist nicht aufzuhalten.

Als weiteres Kampfmittel brauchen die Unternehmer den koalitionsfeindlichen Heber, der namentlich bei den Straßen- und Kleinbahnen gerne angewandt wird. Man legt der Neueintretenden einen Heber vor, wonach diese erklären, daß sie keiner Ge-

werkstatt angehören und auch in Zukunft nicht be-
treten wollen.

Im Großen betreibt diese Rechtslosigkeit der
preussische Staat. Nicht genug, daß der Eisenbahn-
minister den Bahnangestellten verbietet, einer Organi-
sation anzugehören, nein, er verlangt auch von den
sogenannten bahnanfälligen Speditoren, daß sie keinen
organisierten Arbeiter in ihren Betrieben dulden sollen.
Daß hiermit den Arbeitern ein geschlechtes Recht ge-
nommen wird, läßt diese Herrschaften kalt.

Dieser brutalen Terrorismus der Arbeitgeber
und Behörden haben wir mit allen uns zu Gebote
stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Ein weiteres Mittel, uns zu bekämpfen, sind die
„gelben Vereine“. Auch Sie in Hannover haben mit
einer dekarigen Einrichtung zu rechnen. Es ist ja
tauzig, daß es die eigenen Berufskollegen sind, die
sich den Unternehmern als Handlanger hingeben. Diese
„gelben Vereine“ sind die sogenannten Streikbrecher-
kolonnen und geht das Bestreben der Unternehmer
allerorts dahin, sich solch eine Schutztruppe zu bilden.

Wenn wir in der letzten Zeit verschiedene Lohn-
kämpfe verloren haben, so hat das nicht seinen Grund
darin, daß die Unternehmerverbände stärker sind wie
wir, sondern darin, daß unsere eigenen Kollegen zum
Beträger werden. Die Eigenart unseres Berufes läßt
es wohl nicht zu, ein weiteres Kampfmittel, die Aus-
sperung in Anwendung zu bringen, weil damit die
Unternehmer sich selbst schädigen würden.

Da alle bisher angewandten Mittel nicht den ge-
wünschten Erfolg gehabt haben, ist man in Süd-
deutschland der Frage, Errichtung eines Garantie-
fonds für Streikschäden, nähergetreten. Man hofft da-
durch, den weniger leistungsfähigen Betrieben, bei
Arbeitsunterbrechungen unter die Arme greifen zu können.
Eine derartige Einrichtung ist immerhin von erheb-
licher Bedeutung und wird zur Verschärfung der
Kämpfe beitragen.

Aus alledem geht zur Genüge hervor, daß die
Unternehmer alles aufbieten, unsere Organisation zu
schwächen. Unsere Aufgabe muß es nun sein, mit
allen Mitteln für die Ausbreitung der Organisation
tätig zu sein. Wir dürfen nicht erlahmen, dann wird
auch der Anschlag der Unternehmer abgewehrt werden.

Reicher Beifall belohnte den Redner für seine so
interessanten Ausführungen. In der Diskussion wur-
den noch besonders die hannoverschen Zustände be-
leuchtet und die Kollegen zur eifrigen Mitarbeit auf-
gefordert. Nachdem der Vorsitzende auch noch auf die
Parteipresse und politische Organisation hingewiesen,
erfolgte Schluß der Versammlung.

Gladesheim. In der am 14. November tagenden
Versammlung hielt der Gauleiter aus Oberfeld einen
Vortrag über das Thema: „Unternehmer-Verbände im
Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe“ und fand
allgemeinen Beifall.

Eine Diskussion wurde hierüber nicht gewünscht,
da der Vortrag einem jeden der Versammelten ge-
nügung zur Aufklärung diente. Zum Schluß ermahnte
der Vorsitzende die Kollegen, vor allen Dingen den
Vortrag zu beherzigen, und in der Agitation nicht zu
erlahmen, um neue Mitglieder zur Stärkung des
Verbandes zu erwerben.

Homburg. Am Sonntag, den 7. November, fand
eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt,
zu dieser waren auch die organisierten Kollegen ein-
geladen. Der Gauleiter referierte über: „Was dem
Transportarbeiter not tut“, besonders erwähnte
Redner die zu lange Arbeitszeit und die schlechte
Entlohnung. Es wäre doch höchste Zeit, daß die
Kollegen sich unserem Verbande anschließen würden.
Nach Erledigung der Abrechnung vom 3. Quartal
wurde die Versammlung geschlossen.

München. Die Zahlstelle Föhring, die nun-
mehr der Ortsverwaltung München I als Bezirk an-
gegliedert worden ist, hielt am Sonntag, den 14. No-
vember, nachmittags, eine Versammlung ab, in welcher
ein Kollege über: „Die Lage der Föhring in Föhring
und ist diese verbesserungsbedürftig?“ sprach. Der
Referent brandmarkte eingangs seiner Ausführungen
das vollstveräterliche Verhalten der bürgerlichen Par-
teien im deutschen Reichstage, als dort über die neuer-
liche Finanzreform verhandelt und beschlossen wurde,
durch die die Lebenshaltung unserer Kollegen eine be-
deutende Verschlechterung erfahren hat. An der Hand
einer einwandfreien Statistik wies Redner nach, daß
die Preise der allernotwendigsten Lebensmittel in dem
Zeitraume vom Jahre 1900 bis 1909 ganz bedeutend
gestiegen sind. Auch die Wohnungsmieten seien in den
letzten Jahren von den Hausagariern enorm in die
Höhe getrieben worden. Diese Verteuerung der Lebens-
haltung zwingt uns, für eine Erhöhung des Lohnes
zu sorgen. Eine Lohnerrhöhung können wir aber nur
dann den Unternehmern abtrotzen, wenn wir über eine
starke Organisation verfügen. Der Referent besprach
dann noch die Gefahr, die die überlange Arbeitszeit
für Leben und Gesundheit unserer Kollegen in sich
birgt. Zum Schluß führte Redner den Kollegen den
Nutzen der verschiedenen Unterstützungseinrichtungen
unserer Organisation vor Augen und ersuchte die An-
wesenden aus dem Gehörten die Konsequenz zu ziehen
und dem Transportarbeiterverbande beizutreten.

In der Diskussion schilderte Kollege Eichner die
Entwicklung des Bezirks Föhring. Aus seinen Aus-
führungen ging die erfreuliche Tatsache hervor, daß
sich die Mitgliederzahl während 1/2 Jahren verdoppelt
hat. Nachdem noch Kollege Eisenberger die Entwick-
lung der Münchener Zahlstelle geschildert hatte, wurde
nach einem kurzen Schlußwort des Referenten die Ver-
sammlung geschlossen.

Als Erfolg derselben sind einige Neuaufnahmen
zu verzeichnen. Wenn die Kollegen in der Weise wie
bisher weiter arbeiten, so werden wir in kurzer Zeit
eine kräftige Organisation in Föhring haben, die ge-
wisß nicht ohne erfolgreichen Einfluß auf die Gestal-

tung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Föhr-
ringer Kollegen bleiben wird.

Schweinfurt. Die am 31. Oktober abgehaltene
Mitgliederversammlung hatte sich im Gegensatz zu den
früheren eines guten Besuches zu erfreuen. Nach dem
Bericht des Kassierers über das 3. Quartal ist der
Stand der Kasse ein guter, ebenso haben wir einen
Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Dem Kassierer
wurde einstimmig Decharge erteilt. Verschiedene Punkte
sowie der Kartellbericht fanden unter ziemlich lebhafter
Diskussion ihre Erledigung. Unter anderem wurde auch
von verschiedenen Kollegen die Frage angeschnitten, wie
die Agitation an hiesigen Orte am erfolgreichsten be-
trieben werden könne, denn es sei eine Schande, daß
die Transportarbeiter in Schweinfurt noch so rückstän-
dig seien. Ein großer Teil der Kutscher in den grö-
ßeren Betrieben fühlen sich unter der Fuchtel des Un-
ternehmers scheinbar sogar recht wohl, auch wenn
ihnen die Peitsche einmal zum Spaß über den Rücken
saugt. Ein paar spöttische Bemerkungen und ein paar
Kosworte lassen den Slaven alles wieder vergessen.
Diesen Slaven, denn weiter sind sie nichts, geht es
noch zu gut, sonst würden ihnen schon lange die
Augen ausgegangen sein. So lange die Transport-
arbeiter noch in den Klimbimbvereinen ihr Ziel und
Befriedigung suchen, so lange sind es noch keine
Menschen, wie sie die heutige Zeit braucht; richtige
Menschen werden es erst, wenn sie sich der modernen
Kampforganisation anschließen.

Kollegen, betrachtet die Verhältnisse, wie sie gegen-
wärtig liegen; die heutige Zeit braucht ernste, den-
kende Menschen. Seht Euch die Reichsschuldenwirtschaft
des Deutschen Reiches an, immer neue Steuern, die
Schulden wachsen immer ärger an. Die Schuld des
georgneten Deutschen Reiches ist von 1876 bis 1908 auf
4 1/2 Milliarden angewachsen; dabei verankern wir den
größten Teil dieser Schuld den unerhörten Ausgaben
für den nimmerjatteten Militarismus und Marinismus,
kurz gesagt, für kulturfeindliche Zwecke. Der letzte
Steuerraub des Schnapsbrotts, der dem deutschen Volke
wieder 500 Millionen Mk. neuer Steuern auferlegt hat,
reicht noch bei langem nicht aus, diese Schulden zu
decken. Schon machen sich Anzeichen bemerkbar, daß
noch mehr neue Steuern gefordert werden, und wer
wird am meisten davon betroffen? Das arbeitende Volk.
Darum, wachet auf, Transportarbeiter, greift ein in
das Rad der Zeit, helfst mit an dem großen Be-
freiungswert des arbeitenden Volkes, gedenket des
schönen Spruches unseres unvergesslichen Dichters
Friedrich v. Schiller, dessen 150. Geburtstag wir die-
ser Tage feierten: „Wir wollen sein ein einig Volk
von Brüdern, nicht trennen uns in Not und in Ge-
fahr.“ Ja, Kollegen, beherzigt dieses, einig müßt Ihr
werden, nichts darf Euch scheiden, sollen Eure Ketten
fallen. Ruhet und rastet nicht, bis der letzte
Mann herbeigebracht ist zum Deutschen Transport-
arbeiter-Verband.

Stuttgart. Am Sonntag, den 7. November, fand
eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt.
War schon die vorhergehende Vierteljahrsversammlung
zahlreich besucht, so erwies sich diesmal das Lokal als
zu klein. Dicht gedrängt sahen die Teilnehmer und
lauchten mit gespannter Aufmerksamkeit den Aus-
führungen des Genossen Decker über die Reichsver-
sicherungsordnung. Der Redner verstand es, den Un-
wessenden die Vor- und Nachteile dieser Reform in
leicht faßlicher Weise vor Augen zu führen. Der
reiche Beifall, den er erntete, läßt den Schluß zu, daß
die Kollegen willens sind, der Aufforderung, alles zu
tun, was geeignet ist diese Reform in einem der Ar-
beiterschaft günstigen Sinn zu verwirklichen, Folge
zu leisten. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben,
daß an Stelle des bisherigen Gewerkschaftssekretärs,
der Genosse Harer z. B. Parteisekretär in Offenbach
mit großer Mehrheit gewählt wurde. Weiter soll in
diesem Winter die Arbeitslosen-Zählung nicht wie seit-
her durch die sogenannte Selbstzählung, sondern durch
Zählung von Haus zu Haus vorgenommen werden.
Zu diesem Zweck werden 2000 Zähler notwendig,
wovon auf unsere Gewerkschaft 50 entfallen. Die
Frage der Bierpreiserhöhung rief eine leidenschaftliche
Debatte hervor. Der Unwille über die Verteuerung
aller Lebensmittel und Bedarfsartikel hat auch in
den Kreisen unserer Kollegen eine tiefgehende Er-
bitterung hervorgerufen. Für die Zentrumskapläne
wäre diese Debatte recht lehrreich gewesen. Die
Wahl der Delegierten zur Konferenz hatte das
Ergebnis, daß die Kollegen Dreher, Gebert und Laffen
gewählt wurden. Vor Schluß der Versammlung
wurde noch für einen Kollegen, der seit 11 Monaten
krank ist, eine Tellerammlung vorgenommen, worauf
die eindrucksvolle Versammlung geschlossen wurde.
Möge der starke Beifall und das rege Interesse, das
diese Versammlung beherrschte, reichen agitatorischen
Nutzen bringen.

Ulm a. D. Auch in Ulm hat jetzt die Organi-
sation wieder Fuß gefaßt und hoffen wir, daß es
diesmal von Dauer ist. Es geht zwar langsam aber
sicher vorwärts und werden wir auch von der Gau-
leitung tatkräftig unterstützt.

Am Sonntag, den 7. November hatten wir eine
Betriebsversammlung der Firma Gaismaier und konn-
ten wir wieder drei Aufnahmen machen, so daß es
wohl nicht mehr lange dauern wird, bis wir den
ganzen Betrieb haben. Auch die Einkassierer der Welt-
firma Singer Comp. haben sich der Organisation an-
geschlossen. Leider stehen noch einige aus, doch glau-
ben wir, daß auch sie sich eines Besseren belehren
lassen und der Organisation beitreten. In der letzten
Versammlung der Einkassierer wurde es bedauert, daß
sich so viele Kollegen dieser Branche in anderen Städten
noch nicht organisiert haben, denn nur dann kann
etwas bei uns erreicht werden, wenn sich auch diese
der Organisation anschließen, so daß wir vereint vor-

gehen können. Vielleicht könnten die Gauleiter diese
Anregung in Zukunft ins Auge fassen. Den Kollegen
aber rufen wir zu: „Organisiert Euch alle samt und
sonders, laßt Eure Uneinigkeiten beiseite, denn nur
vereint sind wir stark, einzeln sind wir nichts!“

Allgemeines.

Stuttgart. In nicht wenigen Fällen haben wir Ver-
anlassung genommen, die Kollegen vor dem Eintritt in
sogenannte Zuschußkrankenkassen, die in den letzten Jahren
während der Zeit des schlechten Geschäftsganges wie die
Witze aus dem Boden geschossen sind, zu warnen. An Hand
von unanfechtbarem Material haben wir die Beweise ge-
führt, wie viel kranke Mitglieder dieser Kassen oft in der
unglaublichen Weise um ihr Krankengeld betrogen wurden.
Wir haben nach dieser Richtung auch Erfolge gehabt, zahl-
reich waren die Austritte aus diesen Kassen und so mancher
der eintreten wollte, überlegt es sich heute dreimal.

Nur in dem Bezirk Feuerbach scheinen die Kollegen
die Probe aufs Exempel unter allen Umständen machen
zu wollen. Nachstehendes Inserat, das kürzlich in der
„Frankfurter Zeitung“ stand, dürfte aber auch diesen Kollegen
zeigen, wohin die Reise mit ihren Beiträgen geht. Das
Inserat lautet wörtlich:

Direktor gesucht. (Erstgen.)

Hochangesehene Krankenkasse in Süddeutsch-
land, die einen jährlichen Zugang von 18000
Mitgliedern zu verzeichnen hat, ist gegen Bar
für 60000 Mark zu verkaufen. Ein-
kommen des jetzigen Direktors jährlich 12000
bis 15000 Mark und ist steigend.

So deutlich ist wohl den Mitgliedern dieser Kassen
noch nie zu Gemüte geführt worden, daß sich die Herren
Direktoren aus den Beiträgen der armen Teufel in erster
Linie ein gutes Einkommen sichern wollen. Mit einem
Einkommen von 12000 bis 15000 Mark läßt sich ja auch
in der heutigen teuren Zeit ein ganz beschauliches Dasein
führen. Das schönste aber ist, daß, wenn ein Direktor mit
seinen Angenen eine größere Anzahl Mitglieder zusamen-
gebracht hat, er noch 60000 Mark Extraprofit in die
Tasche stecken will. Die Mitglieder werden einfach, aller
Gerechtigkeit hohnsprechend, wie eine Herde Schafe an
einen anderen verschachert. Hier heißt es: Entweder die
Augen auf oder den Beutel.

Mitteilungen des Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am
7. November 1909 in Dessau i. S. Bevoll-
mächtigter: Feige, Wilhelm, Freiburgerstraße 7.
Kassierer: Zschauer, Karl, Berggasse 12.

Wir bitten, darauf achten zu wollen, daß die
bisher gebräuchlichen grünen Legitimations-
karten am 31. Dezember d. J. ihre Gültig-
keit verlieren. In deren Stelle treten ab
1. Januar 1910 neue Legitimations-
karten, deren Farbe grau ist.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 3 Ab-
schnitt 7a des Verbandsstatuts das Mitglied Pracke,
Reinhold, Spt.-Nr. 247 030 der Verwaltungsstelle
Düsseldorf. Verloren bzw. angeblich gestohlen
worden, sind die Verbandsbücher nachgenannter Mit-
glieder: In Berlin, Sektion II: Grün-
berg, Wilhelm, Spt.-Nr. 2466, eingetreten am
6. Juli 1908; Heinrich, Paul, Spt.-Nr. 22 670,
eingetreten am 13. Juli 1907; Holzbecher, Ger-
mann, Spt.-Nr. 360, eingetreten am 29. März 1897.
Ferner ist dem Kollegen Jean Neupert, Spt.-
Nr. 170 263, der Verwaltungsstelle Frankfurt
a. M., das Mitgliedsbuch anlässlich seines Aufenthalts
in Zürich gestohlen worden. Der Kollege Neupert
ist am 30. November 1903 Mitglied des Textilarbeiter-
verbandes geworden und am 1. Juli 1909 zu un-
serer Organisation übergetreten, die Beiträge sind bis
zum 31. Dez. d. J. entrichtet. Diese Ausweise sind
in dem Mitgliedsbuche vermerkt.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie
abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten
einzusenden. Die Personalien des „Inhabers“ des
zuletzt genannten Buches sind zwecks weiterem Ver-
folg festzustellen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation be-
treffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten.
Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen
Carl Käßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21,
Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Meldefrist
für den Einkassiererposten im Bezirk **Cöpenick** am
5. Dezember abläuft.

Der Vorstandsvorstand.

Baut-Wilhelmshaven.

Unser Bureau befindet sich **Baut, Peterstr. 20**, im
Hause des Norddeutschen Volksblattes. An- und Ab-
meldungen werden daselbst täglich in der Zeit von 7 1/2 bis
8 1/2 Uhr abends entgegengenommen.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Karl Brüschle, Nummelsburg.
Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin.
Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.